

Schulleiterverband Schleswig-Holstein
Jappopkamp 11, 25421, Pinneberg
Postvertriebsstück, Entgelt bezahlt

V 12646 F

Herrn

38126

424

Burkhard Hitz

SL-Verlag

Helmstedter Straße 84

38126 Braunschweig

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

Schulleiterverband Schleswig - Holstein e. V.

**Die Interessenvertretung für Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter**

**Jahreshauptversammlung in Bad Bramstedt - Hotel Gutsmann
am 3. November 1994**

Offener Brief an die Ministerin für FBWS

Eugen Drewermann im Kieler Schloß am 24. November 1994



Information Nr. 11 September 1994

Impressum

Herausgeber und Verlag:

**Schulleiterverband Schleswig-Holstein e. V.
c/o Walter Rossow, Jappokamp 11,
25421 Pinneberg**

Verantwortlich:

Friedrich Jeschke, Angelika Sing, W. Rossow

Auflage:

500 Exemplare

Bezug:

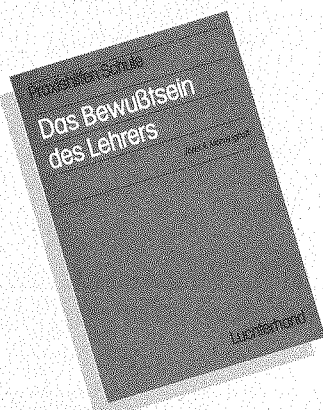
**Einzelheft DM 5,00 Für Mitglieder ist
der Bezugspreis im Beitrag enthalten.**

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der Unterzeichnete verantwortlich.

Aktuell und wichtig für Pädagogen



Josef Mönninghoff

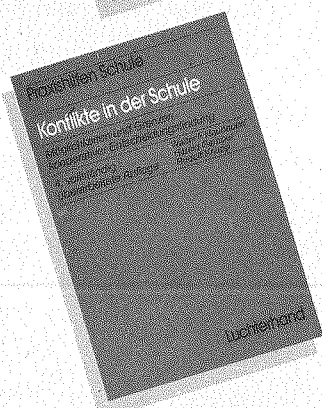
Das Bewußtsein des Lehrers

1992, 136 Seiten, DM 19,80, ISBN 3-472-01218-8

Hier geht es um Überlegungen zu Struktur, Image und Chancen eines Berufes.

Das Buch berücksichtigt persönliche Erfahrungen genauso wie empirische Daten und psychologische Erkenntnisse, ist kein wissenschaftliches Werk und bewegt sich auf dem schmalen Grat zwischen Essay, Strukturuntersuchung, Sachbuch und »Reisebericht«.

Es ist ein angenehmes Buch, das dem Leser sagt, was er tun und verändern kann, und es ist ein unangenehmes Buch, das dem Leser wenig Chancen läßt, sich unverbindlich zu verdrücken.



Walter F. Neubauer/Harald Gampe/Rudolf Knapp

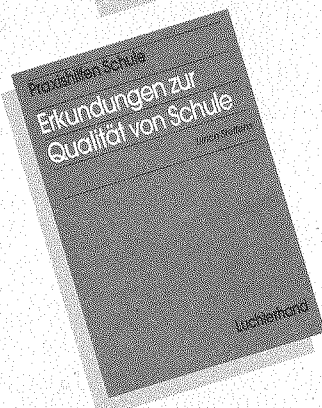
Konflikte in der Schule

Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Entscheidungsfindung

4. vollständig überarbeitete Auflage 1992, 182 Seiten, DM 29,-, ISBN 3-472-01200-6

Obwohl es in den letzten Jahren eine Reihe von Untersuchungen zum Thema »Konflikt« gegeben hat, fehlt bis heute eine Untersuchung der alltäglichen Konfliktsituation(en) an der Schule.

Lösungsvorschläge werden hier nicht nur theoretisch aufbereitet, sondern an »Fällen« demonstriert und in das Spannungsverhältnis zwischen normativen Erwartungen und rechtlichen, durch Dienstvorschriften vorgegebenen, Verhaltensmustern gesetzt.



Ulrich Steffens/Tino Bargel

Erkundungen zur Qualität von Schule

1993, 160 Seiten, DM 19,80, ISBN 3-472-01217-X

Zu den wesentlichen Befunden der neuen Schulforschung gehört die Erkenntnis über die Gestaltungsmöglichkeiten der Schule von innen heraus.

Diese Umorientierung verlangt im Kern, die einzelne Schule als pädagogische Handlungseinheit zu betrachten und zu behandeln. Damit wird deutlich, daß die innere Gestaltung und Führung der Schule als Ganzes gesehen werden muß.

Der Arbeitskreis »Qualität von Schule« – Experten aus der Schulpraxis, der Lehrerfortbildung und Erziehungswissenschaft, stellt hier das vorhandene Wissen zusammen.



Peter Strittmatter

Schulangstreduktion

Abbau von Angst in schulischen Leistungssituationen

1993, 168 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-472-01040-1

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß es einen unnötigen, irrationalen Anteil von Angst in und vor der Schule gibt.

Ziel dieses Buches ist es nun, praktikable Vorschläge für Lehrer und Schüler zu machen, die es ihnen ermöglichen, ohne Angst auszukommen. Und dort, wo diese Angst unvermeidbar ist, zeigen die Autoren, daß man den Umgang mit der Angst lernen kann. Diese Entwicklung pädagogischer Maßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zum Abbau bzw. zum Vermeiden unnötiger Angst in der Schule.

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag.

Luchterhand Verlag
Postfach 2352
56513 Neuwied

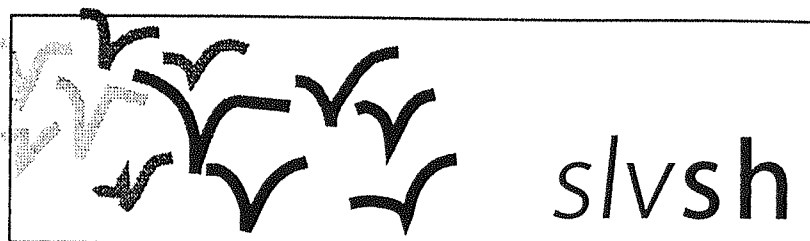
Inhalt

Verfasser	Thema	Seiten
Michael Doppke	Liebe Kolleginnen und Kollegen	4
Michael Doppke	Einladung zur Jahreshauptversammlung 1994	5
Olaf Peters/F. Jeschke	Aus der Arbeit des Vorstandes	6
Friedrich Jeschke	Gespräch mit der Ministerin Gisela Böhrk	7
Kieler Nachrichten	Börsen: So sieht SPD-Schulpolitik aus	9
Angelika Sing	Offener Brief an die Ministerin	10
Gudrun Ihrle-Glagau	Gespräch des AK Stellvertreter im Ministerium	12
Gudrun Ihrle-Glagau	Tagung des Arbeitskreises Stellvertreter	13
Michael Doppke	Anfrage an die Ministerpräsidentin Heide Simonis	14
Ministerpräsidentin	Antwort	15
Friederike Gießmann	Bericht über eine Regionaltagung zum Lehrerdienstrecht	16
Ministerium für FBWS	Mehr Geld für Schulausflüge	19
Angelika Sing	2. Grundschultag des SLVN in Hannover	20
KAB	Was erwartet die Wirtschaft von Schulabgängern?	22
Ministerin für FBWS	Schreiben an die F.D.P.- Fraktion zur Frage der Durchsetzung der Schulpflicht	24
Vorstand	Einladung zur Exkursion nach Brüssel	26
Vorstand	Einladung zur Veranstaltung mit Eugen Drewermann	27
RA Jörg E. Feuchthofen	Erfolgsorientiertes Führungshandeln	28
Holger Arpe	Einladung zu einer Veranstaltung der Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung der Industrie- und Handelskammern	31
Hans-Peter Feddersen	Fahrt nach Masuren, Königsberg, Danzig vom 15.10. - 24.10.1994	32
Redaktion	Mitteilungen und Termine	33
Pinneberger Tageblatt	Abschied von der guten, alten Schulstunde	34
Aus den L N	Lehrer drücken die Schulbank	35
Dr. Ekkehard Klug FDP	Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer von Verwaltungsaufgaben	36
Bundeselternrat	" Mehr Autonomie in der Schule "	37
Vorstand	Mitgliederbefragung	39
Redaktion	Rätsel	40
	Beitrittserklärung	41
Vorstand	Anschriftenliste	42

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Fast drei Jahre gibt es nun den Schulleiterverband. Vieles ist von uns in Bewegung gesetzt worden. Die Außenwirkung nimmt ständig zu.

Der Vorstand hat sich deshalb entschlossen, das Image, das wir uns inzwischen erarbeitet haben, dadurch zu unterstützen, daß wir das Briefpapier, die Mitgliederzeitung und andere Materialien des Verbandes optisch anpassen. Durch Zufall sind wir auf die Graphik-Designerin Martina Grünwald gestoßen, die uns verschiedene Vorschläge für eine Umgestaltung gemacht hat. Wir haben uns für folgendes Logo entschieden.



Die Figur rechts unten ist rot!
Die anderen zeigen verschiedene Blautöne

Frau Grünwald erläutert Ihren Entwurf folgendermaßen:

" Möwen oder Häkchen
das ist hier nicht die Frage
sondern die Antwort.

Der slvsh wird für "*richtig*" empfunden. Das ist wichtig!

Er kümmert sich um die Interessen an den Schulen, b.z.w. der Schulleiter insbesondere und er bemüht sich um eine permanente "*Richtigkeit*" der Leistungen (das Häkchen steht in diesem Zusammenhang stellvertretend dafür).

Der slvsh hat in gewisser Weise die "*Kontrollfunktion*" des Lehrers über die Klasse (der Schulleiter) inne. Dieses signalisiert das Zeichen für "*Richtigkeit*"

Zur Gestaltung:

Die mit dem Computer gezeichneten Häkchen/Möwen assoziieren innovative Ideen und daß der slvsh auch technisch am Puls der Zeit ist. Sie stehen aber auch für die individuelle Beratung und für die einzelnen Personen, die den slvsh unterstützen.

Das Häkchen könnte aber auch ein übergeordnetes V sein, das für Verband steht.

Der Rahmen um das Zeichen herum steht für den Raum, das Aktionsgebiet Schleswig-Holstein.

Die Abkürzung slvsh steht bewußt in Kleinbuchstaben. Der Schriftzug wirkt somit wie auch durch die Schrift sehr modern und jung.

Insgesamt wirkt das Zeichen *dynamisch*. Hier ist Bewegung drin. Beim slvsh entwickelt sich etwas. Dieses wird durch den *kursiven* Schriftzug unterstützt."

Nach und nach werden wir unsere Materialien mit diesem Logo versehen.

Die inhaltliche Arbeit geht mit Volldampf weiter. Auf der Mitgliederversammlung am 3. November 1994 in Rendsburg sollen unsere Positionen zu den im Heft 10 unserer SLVSH-Information dargestellten Themenbereichen ausgiebig diskutiert werden.

Ich hoffe deshalb, daß viele von Ihnen den Termin wahrnehmen werden !

Mit freundlichen Grüßen

(M. Doppke)

Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Jahreshauptversammlung

am 3. November 1994

14.00 Uhr

in

Bad Bramstedt - Hotel Gutsmann

Birkenweg 14

Vorgesehene Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Grußworte
3. Wahl einer Versammlungsleiterin/eines Versammlungsleiters
4. Beschlußfassung über die Tagesordnung
6. Bericht über die Arbeit im Verband mit anschließender Aussprache
7. Bericht des Kassenwartes mit anschließender Aussprache
8. Bericht der Kassenprüfer mit anschließender Aussprache
9. Entlastungen
 1. des Kassenwartes
 2. des Vorstandes
10. Haushalt 1995
11. Diskussion des SLVSH-Themenpapiers
Abgedruckt in der SLVSH-Information Nr. 10, Seite 5 - 13
Austausch in Gruppen zu den Themen:
 1. Informationsstrukturen
 2. Verwaltungsvereinfachungen
 3. Einzelfragen
12. Anträge zur Arbeit des Verbandes
13. Verschiedenes

Michael Doppke
Vorsitzender des SLVSH e.V

**Anträge zu Satzungsänderungen müssen bis zum 6. Oktober 1994 beim Vorstand
eingegangen sein**

Aus der Arbeit des Vorstandes.

Auch in den vergangenen Wochen ist der Vorstand nicht untätig gewesen.

Am 21. und 22. April 1994 nahmen die Kollegen Doppke, Rossow, Koch und Jeschke an dem Schulleitungskongreß 1994 der ASD in Bonn teil. Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Veröffentlichung der Broschüre "Schulleitung in Deutschland - Profil eines Berufes".



Schleswig - Holstein
in Bonn

Michael Doppke, Uwe Koch, Walter Rossow, Friedrich Jeschke

Die Professoren Dr. Hans-Günter Rolff von der Universität Dortmund und Dr. Heinz S. Rosenbusch von der Universität Bamberg trugen in Kurzreferaten ihre Auffassung zu dem Thema "Schulleitung als neuer Beruf" vor. Anschließend diskutierten die beiden Professoren und der Beauftragte des Präsidenten der KMK, Dr. Karl Kaiser, das Hauptvorstandsmitglied der GEW, Dr. Otto Herz, der Präsident des DL, Josef Kraus, der Geschäftsführer des DIHT, Dr. Uwe Christiansen, und der Vorsitzende der ASD, Klaus Cammans, über den Beruf des Schulleiters und des Stellvertreters.

In den Referaten und in der Diskussion wurde hervorgehoben, daß eine gute Schule einen guten Schulleiter braucht. Daher müssen Schulleiter und ihre Vertreter viel besser, eigenständiger und umfangreicher ausgebildet und auf ihre neue Rolle in einer autonomen Schule vorbereitet und fortgebildet werden als bisher.



Das Podium

Es war eine sehr eindrucksvolle Tagung im Presseclub in Bonn, mit der Möglichkeit einer Vielzahl von Gesprächen mit Schulleitern aus anderen Bundesländern.

Prof. Dr. Rolff wird auch auf unserem Schulleitungskongreß am 30.5.1995 sprechen. Die Dokumentation "Schulleitung in Deutschland" ist inzwischen an alle Schulen und an Schule Interessierte versandt worden.

Im März und im April 1994 fanden in Husum, Lübeck und Itzehoe Regionaltagungen zum Lehrerdienstrecht statt. Stellvertretend für alle anderen berichtet Friederike Griebmann über die Tagung in Itzehoe.

Am 3. Mai 1994 trafen sich die Kolleginnen und Kollegen in Bad Bramstedt, die bereit sind, besondere Aufträge zu übernehmen.

Am 4. Juni und am 14. September 1994 tagte der Arbeitskreis Autonomie in Bad Bramstedt. Die Gedanken zu diesem Thema wurden gesammelt, geordnet und aufgeschrieben, sind aber noch nicht veröffentlichungsreif.

In den Vorstandssitzungen am 8. Juni, 20. Juli und 5. September 1994 wurden u.a. die Jahreshauptversammlung 1994, die Veranstaltung mit Herrn Drewermann, der Schulleitungskongreß 1995 vorbereitet und ein neues Logo für das Briefpapier und die Zeitung beschlossen.

Friedrich Jeschke

Bericht über ein Gespräch des Vorstandes des SLVSH mit der Ministerin Frau Gisela Böhrk

Am 31. August 1994 traf sich der Vorstand des SLVSH, vertreten durch Michael Doppke, Walter Rossow, Angelika Sing und Friedrich Jeschke, zu einem Gespräch mit der Ministerin für FWBS im Ministerium in Kiel. Ministerialrat Simon und zwei Vertreterinnen der Abteilung 1 waren auch anwesend.

Folgende Themen wurden besprochen:

1. Arbeitszeitverordnung für Schulleiter/innen.

Michael Doppke erläuterte die Forderung nach Erlass einer Arbeitszeitverordnung für Schulleitung im Zusammenhang mit der veränderten Kompetenz der Schulleiter/innen und den Bestrebungen nach Autonomie der Schulen.

- Die Haupttätigkeit von Schulleitung umfaßt die Leitung. In der Arbeitszeitverordnung muß deutlich werden, daß Schulleiter/innen keine Lehrkräfte mit der Nebentätigkeit Schulleitung sind. Deshalb sollte im Zusammenhang mit Schulleitung der Begriff "Ausgleichsstunden" nicht mehr verwendet werden. Stattdessen ist es besser, die Unterrichtsverpflichtung festzulegen.
- Die Ministerin sieht zur Zeit keine Notwendigkeit, eine Arbeitszeitverordnung für Schulleiter zu erlassen. Es wird allerdings geprüft, die Arbeitszeit den geänderten Profilen von Schulleitung und den praktischen Bedürfnissen durch Umschichtung der vorhandenen Möglichkeiten anzupassen.

Zusammenfassend zählte die Ministerin auf, in welchen Schulleitungsbereichen das Ministerium über Veränderungen nachdenken will.:

- Veränderung des Bildes vom Schulleiter
- Schulleitung in der autonomen Schule
- Arbeitszeitverordnung für Schulleiter
- Umschichtung von Aufgaben
- Überprüfung des Ermäßigungs- und Ausgleichsstundenerlasses

Ziel ist dabei, vernünftigeren Arbeitsbedingungen und einen effektiveren Ressourceneinsatz zu erreichen.

2. Aus- und Fortbildung der Schulleiter/innen.

Der SLVSH bemängelte,

- daß im IPTS-Katalog für die Lehrerfortbildung so gut wie kein Angebot für die Fortbildung im Bereich von Schulleitung angeboten wird,
- daß in der Arbeitsgruppe, die zu diesem Problem besteht, der SLVSH ebenfalls nicht vertreten ist, obwohl der SLVSH eine Fülle von Vorschlägen erarbeitet und dem Ministerium überreicht hat.

Die Ministerin erklärte,

- daß es sich um einen innerministeriellen Arbeitskreis handelte, in dem die Gedanken und Vorschläge des SLVSH berücksichtigt wurden,
- daß das Ministerium auch weiterhin an Vorschlägen interessiert ist, und die laufenden Gespräche fortsetzen möchte,
- daß der Entwurf für eine Schulleiterfortbildung weit gediehen ist und demnächst in das Anhörungsverfahren gehen soll.

Der SLVSH betonte noch einmal, daß die Aus- und Fortbildung der Schulleiter nicht - wie jetzt praktiziert - eine Aufgabe des Verbandes, sondern des Ministeriums und des IPTS ist.

3. Umsetzung der Arbeitszeitverlängerung

Die Ministerin fragte

- nach den Erfahrungen mit der Umsetzung der Arbeitszeitverlängerung zu Beginn des Schuljahres.

Es wird von keinen größeren Problemen berichtet.

- Allerdings ist durch die Verdichtung der Lehrerstundenpläne weniger Spielraum für Vertretungen vorhanden. Sollten Lehrkräfte wegen Erkrankung oder aus anderen Gründen ausfallen, muß der Unterricht für die Schüler in irgendeiner Form gekürzt werden.

4. Verwaltungsvereinfachungen

Michael Doppke

- wies auf den Themenkatalog in der SLVSH-Information Nr. 10 hin, in dem Anregungen zur Verwaltungsvereinfachung angeboten wurden und daß
- besonders die Erstellung der Halbjahreszeugnisse, das Zusammentreffen der Erarbeitung der Halbjahreszeugnisse und der Entwicklungsberichte im 4. Schuljahr und die Fortschreibung der Entwicklungsberichte für alle Schüler im 5. und 6. Schuljahr unnötige Belastungen darstellen.

Die Ministerin

- sieht zur Zeit keine Möglichkeiten einer Änderung gegen den Willen der Elternvertretung .

5. Verschiedenes

- Die Ministerin bittet den SLVSH um Vorschläge zur Prävention von Frühpensionierungen.
- Die Rechtsabteilung des Ministeriums prüft, ob eine Verleihung des Titels "Rektor " an alle Schulleiter in Anlehnung an das Verfahren in Baden-Württemberg möglich ist.
- Es wird darüber nachgedacht, wie das Unterrichtsangebot in den Schulen bei steigender Schülerzahl und geringeren Finanzmitteln auch nach Auslaufen der Arbeitszeitverlängerung erhalten werden kann.
- Der SLVSH bittet, Lehrkräfte, die nach vollendeter Ausbildung als Mutterschutzvertretung eingesetzt werden, nicht als "Aushilfsangestellte" zu bezeichnen.
- Der SLVSH bedauert, daß es aus Kostengründen nicht zu der Multiplikatoren Ausbildung mit Prof. Rolff persönlich gekommen ist und kritisiert gleichzeitig das Auswahlverfahren.
- Der SLVSH hält eine Genehmigung der Teilnahme für Schulleiter an Fortbildungsveranstaltungen des SLVSH durch die Schulräte für nicht erforderlich.
- Die Ministerin hat ihre Teilnahme an dem 1. Schulleiterkongreß in Schleswig-Holstein am 30. Mai 1995 in Bad Segeberg zugesagt.

Das Gespräch fand in einer freundlichen offenen Atmosphäre statt. Die Teilnehmer hatten das Gefühl, daß ihre Anregungen ernst genommen wurden und in die Arbeit des Ministeriums eingehen werden

Friedrich Jeschke

Börnsen: So sieht SPD-Schulpolitik aus

Kiel – Weil die Schülerzahl viel dramatischer steigt als zunächst angenommen, will die SPD-Regierungsfraktion in Schleswig-Holstein ihren Kurs massiver Kürzungen von Lehrerplanstellen bremsen. Das kündigte Fraktionschef Gert Börnsen gestern in einem Gespräch mit den Kieler Nachrichten

an. Fraktion und SPD-Landesregierung seien sich im Prinzip bereits über ein Maßnahmenbündel zur Sicherung des Unterrichtsangebotes einig. Dazu gehöre auch die Schließung oder Zusammenlegung weiterer kleiner Schulen und wahrscheinlich die Verlängerung der Mehrarbeit für Lehrer.

Generell, so betont Börnsen mit Blick auf die anlaufenden Etatberatungen für 1995, bleibe es beim eisernen Sparwillen der SPD und ihrer Landesregierung. Nur müsse man neben den bisherigen Schwerpunkten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Wohnungsbau,

setzen. Inzwischen hat die Landesregierung etwas nachgegeben und will laut Haushaltsentwurf 1995 immerhin 880 dieser Stellen wiederbesetzen. Das ist im Licht der neuen Zahlen für SPD-Fraktionschef Börnsen nicht genug: Weitere der geplanten Stellenstreichungen sollen rückgängig gemacht werden. Der genaue Bedarf müsse noch ermittelt werden. So weit Börnsens „positives“ Signal für die Lehrer. Einbeziehen in die neue Bedarfsberechnung will der SPD-Fraktionschef aber auch zwei Vorhaben, die von Lehrern eine weitere Solidarleistung verlangen. Denn zu den von Börnsen vorgeschlagenen Maßnahmen gehört auch, die gerade für fünf Jahre in Kraft getretene Mehrarbeit für Lehrer (plus 0,6 Wochenstunden Unterrichts-

pflicht) über die Jahrtausendwende zu verlängern. Börnsen regt an, die Landesregierung sollte über dieses Thema mit den Lehrerverbänden und -Gewerkschaften sprechen. Dabei will er auch den Gedanken von „Lebensarbeitszeitkonten“ diskutieren, wie ihn Gewerkschaften entwickelt haben. Das könnte bedeuten, zunächst geleistete Mehrarbeit später angerechnet zu bekommen.

Als dritte Komponente des Maßnahmenbündels nennt Börnsen verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen an den Schulen, damit die Arbeitszeit der Lehrer verstärkt dem Unterricht zugutekommt. Hier verspricht er sich günstige Auswirkungen durch die Auflösung oder Zusammenlegung einiger zu klein gewordener Schulen. Hinzu komme die geplante Reform der gymnasialen Oberstufe, die das Kurssystem in der elften Klasse zurückschraubt und die Bildung kleiner Kurse künftig verhindert. Nicht zuletzt will die SPD die Verwaltungsstunden der Lehrer verringern. Dies soll den Kollegien



Auf „Schülerberg“ gefaßt: Börnsen Fotopae

Von Urs Stahl

Kindergärten und Umweltschutz einen zusätzlichen Akzent bei den Schulen setzen. Denn die Schülerzahl in Schleswig-Holstein wächst bis zur Jahrtausendwende nicht „nur“ um 60 000, wie man bislang annahm, sondern um 80 000 bis 97 000. Die Umrechnung der neuen Bevölkerungsprognose vom April enthüllte diese Überraschung für die Regierung.

Ursprünglich wollte die Regierung Simonis auch im Schulbereich mit ihren Einsparungsplänen vollzuschlagen. Von den 1180 Lehrern, die von 1994 bis 1996 durch Pensionierungen frei werden, wollte sie nur 660 wiederbe-

setzen. Inzwischen hat die Landesregierung etwas nachgegeben und will laut Haushaltsentwurf 1995 immerhin 880 dieser Stellen wiederbesetzen. Das ist im Licht der neuen Zahlen für SPD-Fraktionschef Börnsen nicht genug: Weitere der geplanten Stellenstreichungen sollen rückgängig gemacht werden. Der genaue Bedarf müsse noch ermittelt werden. So weit Börnsens „positives“ Signal für die Lehrer. Einbeziehen in die neue Bedarfsberechnung will der SPD-Fraktionschef aber auch zwei Vorhaben, die von Lehrern eine weitere Solidarleistung verlangen. Denn zu den von Börnsen vorgeschlagenen Maßnahmen gehört auch, die gerade für fünf Jahre in Kraft getretene Mehrarbeit für Lehrer (plus 0,6 Wochenstunden Unterrichts-

Diesen Schulen droht die Schließung

Endgültige Entscheidungen sind noch nicht gefallen, aber nach dieser (noch unvollständigen) Liste des schleswig-holsteinischen Kultusministeriums, wird über die Schließung folgender Schulen diskutiert (fettgedruckte Schulen gelten als sehr gefährdet; Grundschulen sollen nicht geschlossen werden, Hauptschule: HS): Kreis Plön: **HS Laboe** (Foto), HS Heikendorf, Grund- und HS Probsteierhagen; Kreis Rendsburg-Eckernförde: Grund- und **HS Fleckeby**, Grund- und **HS Waabs**, **HS Wasbek**, Grund- und **HS Aukrug**, Realschu-

le mit Hauptschule in Hanerau/Hademarschen; Kreis Ostholstein: **HS Gremersdorf**; Kreis Stormarn: **HS Großhansdorf**, **HS Barsbüttel**, **HS Stapelfeld**; Kreis Hzt.-Lauenburg: **HS Lüthau**, **HS Dassendorf**, HS Gudow, **HS Kuddewörde**, Realschule Aumühle; Kreis Pinneberg: Grund- und HS Halstenbek; Kreis Dithmarschen: Realschule mit **Hauptschuleteil Büsum**; Kreis Nordfriesland: **HS Ostenfeld**; Kreis Schleswig-Flensburg: Grund- und HS Glücksborg, Grund- und HS Großsolt, Grund- und HS Husby, Grund- und HS Weding Foto vr

durch mehr Autonomie schmackhaft gemacht werden.

Außerdem hat sich Börnsen in den Schulstreit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein eingeschaltet: Er bezeichnet es als Ungeheuerlichkeit, daß nach den Sommerferien einige Schülern vor allem aus dem Bereich Stormarn gezwungen worden seien, ihre bisherige Hamburger Schule zu verlassen und den Unterricht in Schleswig-Holstein fortzusetzen. Es sei schon „keine Idee der guten Nachbarschaft“ gewesen, daß Hamburg den Gastschulvertrag aus finanziellen Gründen für 1995 gekündigt habe. Daß aber bereits jetzt Schüler zum Wechsel in gezwungen würden, widerspreche den erst vor wenigen Monaten getroffenen Vereinbarungen der beiden Landesregierungen.

- SLVSH -
Angelika Sing

Warum werden Lehrer Frühpensionäre ?

OFFENER BRIEF

an die Ministerin für Frauen, Bildung ,Weiterbildung und Sport

Sehr geehrte Frau Böhrk,

bei Ihrem Gespräch mit dem Vorstand des SLVSH gaben Sie uns sozusagen als Hausaufgabe auf, über eine Vorbeugung gegen die vielen Frühpensionierungen von Lehrer/innen nachzudenken, die bei der angespannten Haushaltssituation so nicht tragbar seien; Sie wünschten sich "Basisinformationen" aus Schulleitersicht.

Da auch an meiner Schule binnen zweier Jahre vier Kolleg/innen in den vorzeitigen Ruhestand gegangen sind, ist das natürlich ein Grund zum Nachdenken. Ohne hier auf Einzelfälle eingehen zu wollen - und keiner "unserer Fälle" ist vom Betroffenen oder von den Entscheidungsträgern leichtfertig oder unnötig gewesen, um das gleich vorweg zu schicken - weiß Ihr Ministerium so gut wie wir an den Schulen, daß die Öffentlichkeit da mit ihrer Meinung falsch liegt.

Da gibt es also einmal die Fälle schwerster Krankheiten (Krebs u.a.), sie sind tragisch, aber natürlich nicht beeinflussbar.

Dann gibt es die äußerst engagierten Kolleg/innen, die jahrelang all ihre Kraft in ihren Beruf stecken und irgendwann ausgebrannt sind - nach aller Kenntnis der "burnout-Literatur" müßte hier durch gezielte Fortbildung von Ärzten und Schulleiter/innen und Lehrer/innen das Problem frühzeitig erkannt und geeignete Gegenmittel wie sportlicher Ausgleich, Gegengewicht in Hobby und Familie, Lernen vom Umgang mit Streß, Zeitmanagement und so etwas wie Kräftenmanagement angeboten werden.

Da der Pädagoge als "Helferberuf" besonders der Burnout- Gefahr unterliegt, könnte hier mit Öffentlichkeitsarbeit, Verhaltenstraining, Beratung... sicher der eine oder andere, der in den Fünfgigern von einer Krankheit in die nächste fällt, gesund und dienstfähig erhalten werden.

Ähnlich gelagert ist die jetzt gerade in der "Modediskussion" befindliche Mobbing-Problematik. Sind die an Schule Beteiligten in der Lage, ein offenes Kollegiumsverhältnis zu erreichen und zu erhalten, also gegenseitige Querelen weitestgehend zu verhindern, können sich Kollegen gegenseitig stützen und auffangen, sowohl in beruflichen als auch in privaten Streßsituationen. In einem feindlichen Klima wird der Krankenstand wie auch die "Flucht" in den Endlich-Ruhe-Stand entsprechend höher sein.. Wieviel Herz-Kreislauf- und andere psychosomatische Krankheiten hier ihre Ursachen haben, kann im Nachhinein kein Arzt mehr feststellen. Auch hier hilft nur Wissen und Vorbeugen als gemeinsame Anstrengung. Die Vorteile einer entspannten Atmosphäre im Lehrerzimmer sind sicher weit zahlreicher als "nur" die Möglichkeit, Frühpensionäre zu verhindern.

Sicher, eine große Gruppe bilden all die "normalengagierten" Lehrerinnen und Lehrer, bei denen nach vielen Dienstjahren in Voll- oder Teilzeit und langen Jahren der Doppelbelastung durch Beruf und Familie so Ende 40, Anfang 50 die Kräfte nachlassen. Es reicht einfach nicht mehr für 6 Stunden Unterricht hintereinander Hauptschule oder Schulanfänger.... Früher gab es die erste Altersermäßigungsstunde mit 50 - das war schon richtig. Und seit "früher" ist weder die Schüler-, noch die Elternschaft, noch der Unterricht einfacher geworden.

Es kommen hinzu die vielen Neuerungen der letzten 10 Jahre - vom neuen Schulgesetz über Berichtszeugnisse, Gutachten, offener Unterricht, Wochenpläne, Binnendifferenzierung, Integration , etc... Für viele ein Sturzregen von neuen Dingen, die Lernen und Einarbeiten erfordern, kurz: viel Kraft kosten .Die Ferien reichen gerade zum Regenerieren - schnell wird nur wieder von der Hand in den Mund gelebt - die Unzufriedenheit wächst - Ursache so mancher Krankheit....

Schulleitung kann hier wenig steuern - nicht jeder kann und will (Image, Selbstbild und Pensionsanspruch!!) Stunden reduzieren, obwohl das ein gutes Mittel wäre. Manchmal helfen Schonräume, bestimmte Klassen und Fächer, die richtigen Kollegen/innen als Mitarbeiter, aber die Hilfen sind begrenzt. Wo sind IPTS-Angebote für ältere Kollegen/innen zum Mutmachen zu Neuem, zum richtigen Kräfteeinsatz...

Für einige werden angemessene Arbeitsplätze außerhalb der Schule gebraucht werden - vielleicht auch nur auf Zeit - die einen Imageverlust gering halten :Haus- /Krankenhauslehrer, Betreuer z.B. geistigbehinderter Kinder, Bibliotheken, Videotheken, Werkstätten....

Vielleicht sollte es von einer bestimmten Anzahl von Dienstjahren an eine Art Pausenviertel-/Halbjahr geben, z.B. als Auslandszeit zum Sprachenauffrischen, zum Kennenlernen anderer Schulen, zum Arbeiten in einer Lernwerkstatt, zum Hospitieren, zur Fortbildung an der Uni - eine Art 3.Phase der Ausbildung zur geistigen Auffrischung und körperlichen Erholung .

Das Problem ist, wie kann ich in einem Beruf, der keine Rückzugsnischen bietet - weder kurzzeitig für Minuten noch langfristig - über 40 Dienstjahre meinen Schwung, meinen Elan, meine Kraft, meine Kreativität, meine geistige Beweglichkeit, meine Energie und meinen Spaß an der Arbeit den Kindern und den Menschen erhalten ?

Für das andere Extrem - die "faule Ausnahme"- sollte schon in der Ausbildung oder im Dienstrecht eine Lösung gefunden werden - egal ob der Beamtenstatus auf dem Prüfstand steht oder nicht.

Apropos Beamtentum - da gibt es doch die Fürsorgepflicht des Staates - wie es so schön heißt.Sie endet nicht bei uns Schulleitern, sondern sie reicht auch bis zu Ihrem Hause. Wir Schulleiter müssen die Möglichkeit erhalten, Fürsorge für unsere Kollegien zu üben - durch mehr Kenntnisse = mehr Fortbildung !!!! Sicherlich brauchen wir dazu:

- mehr Zeit für Gespräche, Unterrichtsbesuche, Konferenzen ...
um ein positives Schulklima zu erzielen,
- mehr Möglichkeiten der Autonomie der Schule
bei der Zusammenstellung der Kollegien,
um ein zum Schulprofil und bei aller Verschiedenheit
pädagogisch homogenes Kollegium zu "bauen",
- mehr Zeit für SCHILF - der eine Tag ist ein positiver Anfang,
- mehr und besser durchdachte Information und Fortbildung bei
Neuerungen, die das Gefühl des von oben Übergestülpten
verringern und
- mehr Anerkennung der Arbeit und Anstrengung des einzelnen Lehrers
durch das Ministerium, die Öffentlichkeit, die Elternschaft -
letzterer sollte dringend in geeigneter Form klar gemacht werden,
wie kräfteverschleißend die heutigen ständigen Auseinandersetzungen
um Nichtigkeiten für Schule sind.
(Hand aufs Herz - loben wir Schulleiter genug?)

-
-

Ich erhebe keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit bei meiner Hausaufgabe, Frau Ministerin, hoffe aber, Ihnen einige Anregungen von der Basis vermittelt zu haben ,die vielleicht durch L e s e r b r i e f e von Schulleiterkolleg/Innen noch ergänzt werden.

In der Hoffnung, daß bis zu **meiner** Pensionierung für die Probleme Lösungen gefunden sind, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Angelika Sing

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Ergänzung meiner sehr rasch nach Redaktionsschluß verfaßten Gedanken bitte ich um reichliche Zuschriften zum Thema Frühpensionierung. Eingesandte Leserbriefe sollen gesammelt, veröffentlicht und an die Ministerin weitergeleitet werden.

Angelika Sing

Berichte des Arbeitskreises Stellvertreter

1. Gespräch im Ministerium

Am 09. Mai 1994 hatten die Vertreter des Arbeitskreises Stellvertreter, Frau Ihrle-Glagau und Herr Marquardt, Gelegenheit, die Anliegen ihres Arbeitskreises im Ministerium vorzutragen. Anwesend waren: Herr MDgt Jacobsen, Frau RSchD'in Zähle, Herr MR Simon und für den SLVSH Herr Doppke.



Unsere Delegation
in Kiel

von links: Frau Ihrle Glagau, Herr Marquardt, Frau Zähle, Herr Simon

Nach einer allgemeinen Einleitung zur Problematik der Stellvertreter durch Herrn Doppke trug Frau Ihrle-Glagau die im Arbeitskreis erarbeiteten und auf der Jahreshauptversammlung 1993 beschlossenen Anträge der Stellvertreter mit Begründungen vor. Die Anliegen wurden von den Vertretern des Ministeriums mit Interesse zur Kenntnis genommen und im Hinblick auf Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung engagiert diskutiert. Der Zeitaufwand von fast zwei Stunden für dieses Gespräch mag sicher auch als Indiz gelten, daß problembezogene und ergebnisorientierte Arbeit an der Basis im Ministerium anerkannt wird.

Wie nicht anders zu erwarten, liegen die absoluten Grenzen fast aller Änderungs- und Verbesserungsvorschläge in den nicht vorhandenen finanziellen Möglichkeiten des Landes Schleswig-Holstein.

Von daher sind alle Forderungen, nach zusätzlichen Ausgleichstunden illusorisch. Allerdings erscheint es durchaus realisierbar und konsenzfähig, wenn im Sinne einer Arbeitszeitgerechtigkeit entsprechend der Aufgabenbereiche Schulleiter und Stellvertreter auch bei der Verteilung der Ausgleichs- und Poolstunden berücksichtigt werden. Weitere Hilfen könnten sowohl eine präzisere Arbeitsplatzbeschreibung des Stellvertreters bzw. seine definierte Einbindung in Schulleitung als auch eine bessere Ausbildung von Schulleitern und Stellvertretern sein.

In diese Richtung weisende und bereits auf den Weg gebrachte Bemühungen des SLVSH fanden anerkennendes Interesse auf der Seite aller Ministeriumsvertreter.

Darüberhinaus versprach Herr MDgt Jacobsen, zukünftig auf regionalen, überregionalen und landesweiten Veranstaltungen auf eine stärkere Einbindung von Stellvertretern in die Schulleitung hinzuweisen, um dadurch deren Position vor Ort zu stärken.

Gudrun Ihrle-Glagau

2. Bericht über die Tagung des Arbeitskreises am 14. Juni 1994

Um Mitglieder und noch nicht im SLVSH organisierte Stellvertreter näher vor Ort anzusprechen, fand diese Tagung in der Grundschule Wattenbek statt.

Der äußere Rahmen wurde liebevoll und umsichtig von Herrn Klaus-Ingo Marquardt und seiner Frau vorbereitet. Zu dem ursprünglichen und sozusagen "harten Kern" des Arbeitskreises kam eine Reihe neuer, interessierter Mitglieder hinzu, die erfreulich engagiert und aktiv zum Gelingen dieser Veranstaltung beitrugen.

Besonderer Dank des Arbeitskreises galt Herrn Holger Arpe, der als Gast das Konzept des SLVSH von Schulleitung inhaltlich und strukturell erläuterte. Dieses bezieht den Stellvertreter grundsätzlich voll in die Schulleitung mit ein.

Im Anschluß an das Referat von Herrn Arpe ergab sich eine lebhafte und sachorientierte Diskussion, die leider aus Zeitgründen abgebrochen werden mußte, aber auf der nächsten Tagung fortgesetzt werden soll.

Die nächste Tagung des Arbeitskreises Stellvertreter findet am Dienstag, den 27. September 1994, um 15.30 Uhr in Bad Bramstedt im Hotel zur Post statt.

Hauptthema: Erarbeitung, Ausformulierung und Begründung von Anträgen für die Mitgliederversammlung am 3. November 1994 in Bad Bramstedt.

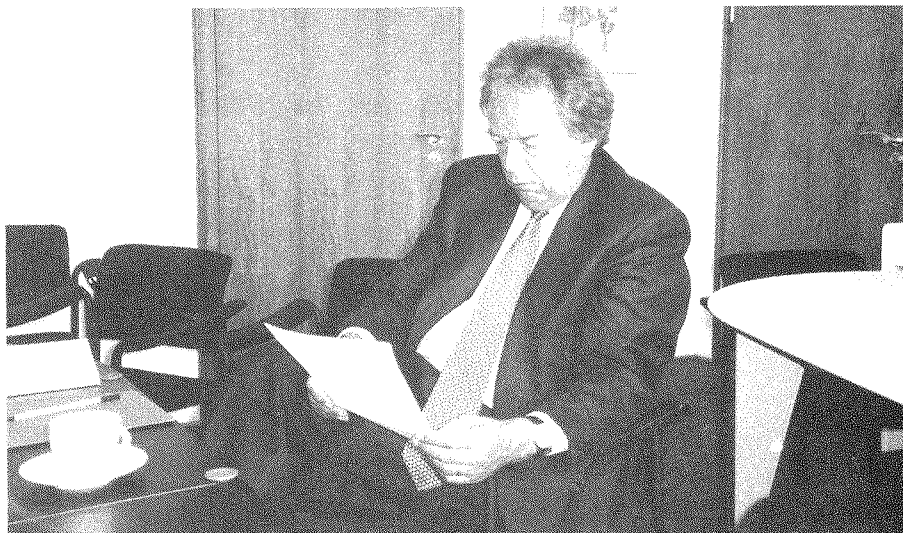
In der Vorplanung sind bereits Anträge zu:

- Aufsichtsregelung
- Verbandsname: Schulleiterverband oder Schulleitungsverband
- Möglichkeiten für einen einheitlichen Namen für Stellvertreter aller Schularten

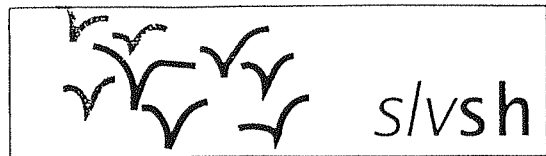
Für diese Tagung erfolgt keine besondere Einladung mehr. Um unsere Arbeitsergebnisse auf noch breitere Basis stellen zu können, wäre es wünschenswert, wenn auch Stellvertreter aus dem Bereich Gymnasium/Berufliche Schulen in diesem Arbeitskreis mitarbeiten würden.

- Telefonische Anmeldung zur Tagung am 27.09.1994 bitte umgehend an
 Frau Gudrun Ihrle-Glagau, Erich-Kästner-Schule Norderstedt - 040/5251414 oder
 Herrn Klaus-Ingo Marquardt, Grundschule Wattenbek - 04322/5650.

Gudrun Ihrle-Glagau



Herr Ministerialdirigent Jacobsen beim Lesen der Unterlagen des AK Stellvertreter



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.
Geschäftsstelle: Walter Rossow • Jappokamp 11 • 25421 Pinneberg

An die Ministerpräsidentin
des Landes Schleswig-Holstein
Frau Heide Simonis
Düsternbrooker Weg 70

24100 Kiel

Vorsitzender:

Michael Doppke

Birkeneck 3

25479 Ellerau

Tel. 04106 / 7 37 62 (privat)

Tel. 04121 / 8 42 78 (dienstlich)

Fax 04123 / 23 26

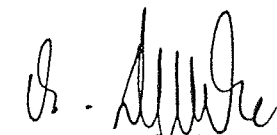
19. August 1994

Ihr Schreiben vom 8. Juli 1994

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

der SLVSH hat Verständnis dafür, daß Ihr Terminkalender in diesem Jahr kein Treffen mit Ihnen mehr zuläßt. Erstaunt waren wir allerdings, als wir hörten, daß auf Ihre Veranlassung Anfang Juli ein "Bildungsplenum" stattgefunden hat, an dem Sie mit Vertretern von Gewerkschaften und Verbänden die Bildungssituation diskutiert haben. Hier wäre u. E. die Chance gewesen, den SLVSH mit einzubeziehen. Nach unseren Informationen soll es Folgetreffen geben. Wir bitten Sie, unseren Verband, in dem fast 400 Schulleitungsmitglieder organisiert sind, dazu mit einzuladen und darüberhinaus unseren Wunsch nach einem Gesprächstermin mit Ihnen für 1995 vorzumerken.

Mit freundlichem Gruß


(M. Doppke)

Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.
Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Die Ministerpräsidentin · Staatskanzlei
24100 Kiel

Die Ministerpräsidentin
des Landes
Schleswig-Holstein
Staatskanzlei

An den
Vorsitzenden des Schulleiterverbandes
Schleswig-Holstein e.V.
Herrn Michael Doppke
Birkeneck 3

25479 Ellerau

Ihr Zeichen / vom	Mein Zeichen / vom	Telefon (0431)	Datum
19.8.1994	StK 260 a 301.31	596-2470 Frau Holzmann	21.08.1994

Sehr geehrter Herr Doppke,

Frau Ministerpräsidentin Simonis hat mich gebeten, Ihnen für Ihren Brief vom 19. August 1994 zu danken und Ihnen zu antworten.

Frau Simonis hat mich beauftragt, Ihren Brief an ihre fachlich zuständige Kollegin, Bildungsministerin Gisela Böhrk, weiterzuleiten mit der Bitte, Ihren Verband bei der Einladung zur nächsten Gesprächsrunde des "Bildungsforums" mit zu berücksichtigen.

Die Ministerpräsidentin wird sich voraussichtlich noch Ende dieses Jahres im Rahmen eines erneuten großen "Runden Tisches" über die bis dahin in den einzelnen Arbeitsgruppen erzielten Ergebnisse informieren. Ich bitte Sie daher um Verständnis, daß die Ministerpräsidentin wegen ihres schon jetzt dicht belegten Terminkalenders für 1995 Ihnen keinen gesonderten Gesprächstermin anbieten kann.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

Dankward Ufer

Düsternbrooker Weg 70
24100 Kiel
Telefon (0431) 596-1
Teletex 431 543 = StkSH
Telefax (0431) 596-2423

Fragen aus dem Lehrerdienstrecht

Bericht über eine Regionalversammlung des SLVSH in Itzehoe

Am 20.04.1994 hatten sich im Jagdhaus Amönenhöhe in Itzehoe 35 Teilnehmer eingefunden. Nach der Begrüßung durch Frau Griebmann und Herrn Jeschke folgte ein kurzer Überblick über die Schwerpunkte, die unser Gast, Herr Oberamtsrat Hanßen, in seinem Beitrag setzen wollte.

Neue Entwicklungen aus Kiel:

Herr Hanßen berichtete von den Kabinettsbeschlüssen der letzten Woche.

- Das Beamtenverhältnis wird für Staatsangehörige aller EG-Länder geöffnet; es wird Einzelfallprüfungen geben, auch bzgl. der Gleichwertigkeit der Abschlüsse.
- Im Landesbeamtengesetz soll mit Rücksicht auf Frauen mit Kindern eine Lockerung bezüglich der Beförderung während der Probezeit eintreten; das gleiche soll auch für die Verbeamtung gelten. Fazit: Man verbessert damit sein Beförderungsalter und die Möglichkeit des Laufbahnwechsels.
- Das LBG schafft die Möglichkeit, daß ein Beamter - aus dienstlichem Interesse- über das 65. hinaus bis max. zum 68. Lebensjahr weiter beschäftigt werden kann.
- Die Altersgrenze für Anträge auf vorzeitige Pensionierung soll von 62 auf 63 Jahre heraufgesetzt werden, wenn der Bundesrat zugestimmt hat. Eine Übergangsregelung gibt es nicht.
- Bzgl. des Versorgungsabschlags gibt es eine Übergangsregelung bis ca. 2002; dieser Versorgungsabschlag gilt jedoch nicht bei Berufsunfähigkeit; d. h., daß die Abschläge nur bei Personen, die auf eigenen Antrag ausscheiden, zum Tragen kommen.
- Dienstunfähigkeit mit Bescheinigung vom Amtsarzt: Hier gibt es eine Initiative des Landes mit der Überlegung, ob eine Versetzung auf einem anderen Posten sinnvoller wäre. Für Lehrer ist das nicht vorgesehen, weil es dort keine entsprechenden Posten gibt. An dieser Stelle wurde auf einen Artikel in den KN bzgl. des "Sabbatjahres" verwiesen. (Kollege Drosdatis).
- Für Beurlaubungen aus familienpolitischen Gründen sollen alle Grenzen fallen. Für Angestellte gilt das schon jetzt, aber es kostet Unsummen, wenn jemand deswegen aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet und das Land Beträge in die Rentenkasse einzahlen muß.
- Die Personalaktenführung wird neu geregelt; darüber hat das Kabinett bereits beschlossen. Die Verbände haben die Möglichkeit, gehört zu werden, ebenso die Personalvertreter. Das Schulamt darf keine "Beiakte" führen, nur Unterlagen zur Dienstbefreiung, Krankheit und Urlaub.
- Der Schulrat hat das Recht, in die Personalakte einzusehen. Motto: "Wer Befugnisse hat, darf einsehen." Disziplinarfälle werden nicht in der Pers.Akte geführt; nur in der Beiakte, weil sie nach gewisser Zeit getilgt werden müssen. (Reißwolf). Sie dürfen auch deswegen nicht in die Hauptakte, weil sie paginiert sind. -Jeder, dessen Frist abgelaufen ist, darf sogar behaupten, daß nie etwas gegen ihn gelaufen ist!- Lit.: NBL. 1985 S.229 unter den Stichworten "Zuständigkeit " und "Befugnis".
- Eintragungen (z.B. Verweis und Buße) bleiben in der Beiakte 3 Jahre ab Beginn der Rechtskraft.- Man darf Kopien von Schriftstücken aus der Akte machen, man kann aber auch einen RA mit der Einsichtnahme beauftragen. Die Einsichtnahme ist Privatsache. Prüfungsakten sind nicht einsehbar.
- Die Vorschrift, daß man bei Eintritt in das Beamtenverhältnis nicht älter als 33 Jahre alt sein darf, wird aufgehoben. (Gezwungenermaßen, weil es ein entsprechendes Urteil dazu gibt.) Auch wer Grundwehrdienst geleistet hat, hat einen Rechtsanspruch auf vorzeitige Anstellung.
- Insgesamt soll das Laufbahnrecht geändert werden. Der Laufbahnwechsel soll "eingefädelt" werden. Prinzip: "Laufbahnwechsel setzt Befähigung voraus"; das soll sowohl nach oben wie nach unten gelten. Hinzu kommen soll eine Unterweisungszeit (nur "prüfungsähnlich").
- RS-Lehrer mit Prüfung dürfen eine Probezeit an der GHS machen; (z. Zt. etwa 40). Lehrer mit Hamburger Examen können 1 Jahr z.A. an der RS arbeiten, dann erfolgt eine kleine Anpassung, anschließend -auf Antrag- kann man offiziell RS-Lehrer werden.

Geltendes Recht:

- Der "normale" Aufstieg, d.h. Laufbahnwechsel mit Beförderung, dauert 12 Dienstjahre + 4 Jahre Einführungszeit in die Aufgaben der neuen Laufbahn, an deren Ende eine "Beurteilung" steht; danach erfolgt die Ernennung. Lit.: § 9, Abs.2, Laufbahnordnung
- Der Landesrechnungshof hat gefordert, daß die Funktionsstellen neu geregelt werden müssen. (z.Zt. wird am Landesbesoldungsgesetz gearbeitet; es betrifft u.a GS-Lehrer in Funktionsstellen an Gesamtschulen; das soll künftig nur durch Laufbahnwechsel möglich sein.)
- Ausgenommen davon sind Sozialpädagogen, weil es Laufbahnwechsel nur in reinen Lehrerlaufbahnen gibt.
- Probezeitverkürzung: 1 Jahr Probezeit ist vorgeschrieben, auch bei Anrechenbarkeit von Angestelltenzeiten. Bei guter Leistung kann die Probezeit auch auf ein Jahr verkürzt werden, wenn die 2. Staatsprüfung besser als "befriedigend " war. Den entsprechenden Antrag stellt der Schulleiter auf dem Dienstweg.
- Im Zweifelsfall muß der Dienstherr das Attest des Hausarztes nicht anerkennen. Er hat die Möglichkeit, sich eines Gutachtens des Amtsarztes zu bedienen. Fristen: Ab wann kann man anfangen, ein Attest anzuzweifeln? Dazu u.a.: Lit.: Verf. und Verw. Recht in Schl.-H., §54, 1(2)
- Der Amtsarzt wird bei Alkoholabhängigen nicht die völlige Dienstunfähigkeit bescheinigen; der Betreffende **muß** eine Entziehungskur machen. Bricht er sie ab, oder tritt er sie nicht an, ist das ein Dienstvergehen. Danach geht alles seinen Gang. Diese Maßnahmen sind nicht mitbestimmungspflichtig.
- Die Freistellung von Lehrpersonalräten ist jetzt geregelt. Die Ministerpräsidentin hat 6 Planstellen freigegeben. Bei der Berechnung zählen auch die " halben Kräfte" voll, ebenso die Angestellten. Lit.: Gesetzes- und Verordnungsblatt 94, S.164
- Zur Dienstbefreiung gibt es in Schleswig-Holstein viele Einzelerlasse; sie entsprechen dem BAT (§ 52). Zu beachten ist der "zeitliche Zusammenhang " mit dem Ereignis: Bei einem Dienstjubiläum muß der Tag innerhalb von 7 Tagen genommen werden.
- Entsprechend der BAT-Regelung stehen bei Erkrankung von Kindern bis zu 6 Tage jährlich Dienstbefreiung zu . (Krankenkassen zahlen aber 20 Tage, wenn Eltern in dieser Zeit auf Gehalt verzichten.) Auch eine Aufteilung der Tage unter den Ehegatten ist möglich. Lit.: Erlaß vom 19.01.93, S.41
- Dienstbefreiung für Angestellte: 10 Kalendertage bei Kindern bis zur Vollendung des 8. Lebensjahres. (Sozialgesetzgebung, § 45)
- Auch zum 25-jähr. Dienstjubiläum gibt es einen freien Tag.
- Die Dienstbefreiung bei Fortbildungsveranstaltungen ist neu geregelt worden.
- **Dienstvereinbarungen** gelten auch für Lehrer, weil der Passus, "kann auch für Lehrer gelten", nicht geregelt ist. Lit.: Amtsblatt 1994
- Es wird danach gefragt, ob man einen Einfluß auf die schleppende Bearbeitung hat, wenn aufgrund steigender Schülerzahlen eine Änderung der Besoldung der Schulleiter/innen und der Stellvertreter/innen zu erwarten ist und sich während des laufenden Haushaltsjahres nichts rührt.
- Es wird nachgefragt, ob eine **Beurteilung** notwendig ist: Hier gehen die Meinungen auseinander. Der Referent: "Vor jeder Ernennung **muß** eine Beurteilung erfolgen". **Beförderungen** führen im Regelfall zu einem anderen Endgrundgehalt oder einer anderen Amtsbezeichnung. Dazu ist eine Ernennung notwendig. Man hat keinen Anspruch darauf, daß **keine** Beurteilung erfolgt. Lit.: BBG §19,(2)
- Ausnahme: Bei gleichbleibender Amtsbezeichnung, etwa einer "Beförderung" von A 13 Z nach A 14, bei der es keine Urkunde gibt, es sich also nicht um eine Ernennung handelt. Der Wechsel vom Hauptlehrer zum Rektor ist eine **Beförderung** und eine Ernennung.
- Eine lebhaft Diskussions ergibt sich auch zu der Frage, ob man sich, bei steigenden Schülerzahlen wegen einer Beförderung melden soll, oder ob diese automatisch erfolgt. Nach Auskunft des Referenten hat man keinen Anspruch auf Beförderung. Man muß im übrigen die Beförderung nicht selbst beantragen, man kann es auch durch jemand anderen beantragen lassen.

Ein ebenso großes Interesse galt dem Problemkreis der **Pensionierung**.

- Die frühere Regelung einer Pensionierung auf Antrag ohne Dienstunfähigkeit mit 62 Jahren soll auf ein Antragsalter von 63 Jahren verändert werden.
- Die Bescheinigung **über eine Dienstunfähigkeit** stellt der Amtsarzt aus. Sie ist eine **Empfehlung**. Der Dienstherr hat ein eigenes Beurteilungsrecht, er muß das Gutachten des Amtsarztes nicht anerkennen, er kann auch einen klinischen Aufenthalt zur Untersuchung beantragen (z.B. orthopädische U.) Durch diese Maßnahme kann aber das Gutachten des Amtsarztes auch bestätigt werden. Die amtsärztliche Untersuchung kann man nicht selbst beantragen, die Aufforderung muß vom Dienstherrn kommen.
- Bei **Dienstunfällen** wird dies nach Extra-Bestimmungen geregelt.
- Der Frühpensionierungs- und Anpassungszuschlag gilt nicht mehr ab dem 58. Lebensjahr. Bei Frauen ist die Regelung anders. Auf den Wunsch nach Frühpensionierung mit 63 gehe das Land gern ein. Die Heraufsetzung von 62 auf 63 sei nicht zu verstehen aus **arbeitspolitischen**, sondern nur aus **finanzpolitischen** Gründen.
- Zur Forderung eines Nachweises verwies der Referent auf den Gesetzestext (1993); darin steht, daß man ohne Nachweis von Gründen pensioniert werden kann. Hanßen: Wir fordern von keinem, der mit 63 aus dem Dienst gehen will, ein amtsärztliches Gutachten." Auf einen konkreten Fall angesprochen, verwies er darauf, daß es im Ministerium 4 getrennt arbeitende Personalabteilungen gebe, die z.T. sogar mit verschiedenen Vordrucken arbeiten. Insgesamt 45 Personal-Sachbearbeiter sind dort tätig.
- **Tip:** OAR Hanßen anrufen, der nennt den für uns jeweils zuständigen Sachbearbeiter. Es gibt einen Geschäftsverteilungsplan incl. Telefonnummern; hiervon können wir einen Auszug erhalten.

Kollege Jeschke gibt die Empfehlung, wenn ein negativer Bescheid auf einen vorzeitigen Pensionierungsantrag ohne Dienstunfähigkeit kommt, Widerspruch einzulegen, denn " die Auskünfte stimmen oft nicht".

Zum Thema Fundstellen: Nachrichtenblätter darf man nicht vernichten; aber sie sind sehr unübersichtlich. Es gibt aber die grünen Schulrechts-Ordner von Luchterhand. Einer der Verfasser, Herr Pfautsch, beobachte genau: Neues gebe er an den Luchterhand-Verlag weiter, so daß sie immer auf dem neuesten Stand seien.

Nach den Schlußworten machte Kollege Rossow noch einige Anmerkungen zum Themenpapier, zur Rückmeldung von den Parteien, zum Arbeitskreis "Autonomie", zum Schriftverkehr mit der Ministerin.

Friederike Griebmann

**Haben Sie heute schon einen
Kollegen oder eine Kollegin
für den SLVSH e.V. geworben?**

22. August 1994

Mehr Geld für Schulausflüge
und Wanderfahrten

Den Schulen des Landes stehen in Zukunft mehr Mittel für die Finanzierung von Wanderfahrten und Schulausflügen zur Verfügung. Dies gab heute, 19. August, das Bildungsministerium bekannt. Für das Haushaltsjahr 1995 plant die Landesregierung eine Aufstockung der Reisekostenmittel um 130.000 Mark auf insgesamt zwei Millionen Mark. Mit dem zusätzlichen Geld sollen unter anderem die Schulpartnerschaften, insbesondere die Kontakte zu anderen Ländern des Ostseeraumes gefördert werden.

Zeitgleich mit dem neuen Wandererlaß, der in Kürze in Kraft tritt, wird das Zuweisungsverfahren geändert. Erstmals werden nun die Grundschulen bei der Verteilung der Mittel berücksichtigt. Trotz der Erhöhung der Mittel soll auch in Zukunft ein sparsamer Umgang mit den Geldern gewährleistet sein. So sieht der neue Erlass vor, daß die Schulen grundsätzlich keine Fahrten mit ausschließlich touristischem Charakter veranstalten dürfen.

Da Ende 1994 die "Schulden" aus vergangenen Jahren vollständig abgebaut sein werden, stehen den Schulen ab 1995 insgesamt mehr Mittel für Wanderfahrten und Schulpartnerschaften zur Verfügung. Zusätzliche Fahrten werden durch eine Vereinbarung des Ministeriums mit dem Deutschen Jugendherbergswerk möglich. Einige Jugendherbergen in Schleswig-Holstein werden in Zukunft direkt mit dem Ministerium abrechnen, so daß der Haushalt der Schulen nicht beansprucht wird.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport
Patricia Zimnik, Tel.: 0431/599-2704

Die pädagogische und organisatorische Neugestaltung des Schulanfangs

2. Grundschultagung des SLVN in Hannover

Am Mittwoch, den 22.6.94, fand in Hannover eine eintägige Grundschultagung des Schulleitungsverbandes Niedersachsens in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Grundschule und dem Niedersächsischen Kultusministerium zum Thema "Die pädagogische und organisatorische Neugestaltung des Schulanfangs" statt.

Nach den obligatorischen Begrüßungsworten und einem Eröffnungsreferat von Kultusminister Prof. Rolf Wernstedt - sachlich, themengebunden, selbstsicher und mit unkonventionellen Seitenhieben auch in Elternrichtung - sprach die Psychologin Dr. Sigrun Richter als Vertreterin des Arbeitskreises Grundschule zum obigen Thema. Leider hielt sie sich etwa 60 min. bei den Gründen zum Handlungsbedarf und vielen recht alten statistischen Aussagen auf, ehe sie noch rasch ihre Vorstellungen einer erneuerten Eingangsstufe erläuterte, dies und einige als Angriffe auf die Arbeit der Lehrer zu wertende Aussagen machte ihr das Publikum nicht gerade wohlgesonnen. So strebten denn alle eilig in die Mittagspause, ehe die Arbeit in Gruppen zu folgenden Einzelthemen weiterging:

- Jahrgangsübergreifendes Lernen in den ersten zwei Grundschuljahren
- Die Rolle der Leiterin des Schulkindergartens im Rahmen des neugestalteten Grundschulanfangs
- Die Rolle der Sonderpädagogen im Rahmen des neugestalteten Schulanfangs
- Die Bedeutung des neugestalteten Schulanfangs für die Schulleitung
- Zusammenarbeit der Grundschule mit Kindergarten und Schulkindergarten u.a.

In einem Plenum wurde nach etwas zu kurzer Vorstellung der Gruppenergebnisse eine Diskussion unter der geschickten Leitung von Frau MRin Niemann aus dem KM und unter lebhafter Beteiligung von MR Hamann über die Konsequenzen eines anderen Schulbeginns geführt, wobei die Vorstellungen von Frau Dr. Richter einmütig akzeptiert und ihre Forderungen eher noch erweitert wurden. Im Wesentlichen ging es um folgende Inhalte:

Seit 75 Jahren gibt es die Forderung einer Grundschule für alle, wobei es in der Weimarer Zeit noch die Diskussion um an die Gymnasien angeschlossene Grundschulklassen gab. Heute sind wir soweit, daß mehr und mehr Behinderte integriert werden können, die sog. Nichtschulreifen erfahren aber gleich zu "Schulbeginn" ein entscheidendes Mißerfolgserlebnis, weil sie als nicht schulfähig wieder weggeschickt werden. Dies trifft auf etwa 10% der Schulanfänger zu, von denen nur etwa die Hälfte in Schulkindergärten und 10% in Vorklassen angemessen gefördert wird. Der Rest landet in Kindergärten und Spielstuben, 8% bekommen überhaupt nichts!! Schon 1974 wurde durch Krapp/Mandel festgestellt, daß Schulreifetests zwar über den Schulerfolg Vorhersagen treffen können, nicht aber über ein Scheitern in der Schule. Hinzu kommt, daß die entwicklungspsychologischen Aussagen über den Sinn von Zurückstellungen inzwischen veraltet sind. Kinder reifen überwiegend nicht von allein, wenn man sie nur läßt, sie brauchen Umweltanregung und soziale Interaktionen. Auch ein Zusammenhang von zu früher Einschulung und späterem Sitzenbleiben ist nicht nachweisbar. Schulreife ist außerdem ein irreführender Begriff, weil er nahelegt, daß es ein Bündel von Fähigkeiten gibt, die von Schule gefordert werden. Jeder Schulleiter weiß aber, daß das, was er an Kompetenzen vom Kind fordert, von der jeweiligen Schule, der Lehrerin, der Zusammensetzung der Klasse, deren Größe.... abhängt, also jedes Jahr sehr verschieden ist. Selbst das Kieler Einschulungsverfahren - frühere Tests ohnehin - mißt besonders kognitive Fähigkeiten, weil Schulfähigkeit insgesamt gar nicht definier- und meßbar ist.

Zu fordern ist also die **Kindfähigkeit der Schule!**

Eine Schule, die behinderte Kinder integrieren kann, kann sich auch auf "nur-noch- nicht-schulreife" Kinder einstellen lernen.

Dazu gehören natürlich bestimmte Voraussetzungen wie selbstbestimmtes Lernen, fächerübergreifendes und zeitübergreifendes Lernen und team-teaching, also all das, was unter dem Schlagwort "**Öffnung von Schule**" zu finden ist.

Daß diese auch in Niedersachsen noch nicht weit genug fortgeschritten ist, zeigt eine Untersuchung von 1992: In 40% der Grundschulen wird traditionell unterrichtet, in 40% im 45 Min. Takt, nur in 16% fächerübergreifend, 55% kennen kein Teamteaching, in 33% der Grundschulen finden nie gegenseitige Unterrichtsbesuche statt.

Noch immer bestimmt der Leselehrgang mehr den Lerntakt als die Kinder. Hier muß sich viel tun - bis hinein in die Lehrerbildung.

All dies ist **keine Kritik an der Arbeit im Schulkindergarten**, weshalb die Fähigkeiten der Sozialpädagogen auf keinen Fall verloren gehen dürfen; sie sollten in die zukünftige Arbeit der Eingangsstufe unbedingt mit eingebunden werden. Aber soweit Untersuchungen über den Erfolg von SKGs möglich waren, so zeigt sich auf jeden Fall, daß die Zurückstellung späteres Schulversagen nicht aufhebt, außerdem zeigte sich, daß es auch unter den Eingeschulten Versager gab und Zurückgestellte sehr wohl nach kurzer Zeit in der Lage gewesen wären, im ersten Schuljahr mitzuarbeiten, bzw. in sprachlichen Bereichen Erstkläßler überholt hatten. Die jetzige starre Regelung gibt dem sog. Unreifen mit einem Jahr zuviel Zeit, der sog. normale bräuchte aber oft auch mehr Zeit zum Lernen.

Wünschenswert wäre eine **Integrierte Eingangsstufe** aus den Kindern des bisherigen SKG, 1. und 2. Klasse. Diese dauert zwischen **ein und drei Jahren**, es gibt also Schnelldurchläufer, "Normale" und Langsamere. Wann wer wechselt, wird individuell entschieden, eventuell wird auch **halbjährlich eingeschult**, so daß ständig Kinder in die schon bestehende Gemeinschaft kommen und voneinander gelernt werden kann. Sozialpädagogin, Grundschullehrerin und Sonderschulpädagogin (bei Kindern mit Förderbedarf) **unterrichten im Team** ohne Aufgabensplitting nach Spiel, Test, Unterricht und Förderung. Die Gruppen enthalten drei Jahrgänge, erhalten auch keinen altershomogenen Unterricht und **keine 45Min.-Stunden**. Sie arbeiten jeweils nach ihrem Entwicklungsstand zusammen in einem **Wechsel von Arbeit, Spiel und Erholung**, möglichst in einer **vollen Halbtagschule**. Außer dieser Zusatzforderung kommt dazu der Wunsch nach einer **6jährigen Grundschule** - also der Abschaffung der Orientierungsstufe und der **Abschaffung der Notenzeugnisse**.

Daß diese Umsetzung Zeit braucht, ist allen Beteiligten klar. Sie tut aber unbedingt not, wenn wir nicht nur über die Veränderung unserer Kinder jammern wollen. Wir müssen sehen, daß die Grundschule ein Frühwarnsystem der Gesellschaft darstellt. Die Kinder können nicht besser sein als unsere Gesellschaft - und die Schule kann bestimmt nicht alles reparieren, was die Eltern vermurkst haben, aber sie kann auch nicht weiter von einem "Kindermode" ausgehen, das es gar nicht mehr gibt.

Für uns Schleswig-Holsteiner waren die Vorträge nicht weniger interessant als für die Niedersachsen, ist doch das Problem der Einschulung und Zurückstellung überall das gleiche und brennt es schließlich auch unserem Kultusministerium auf den Nägeln.

Bleibt abzuwarten, ob sich die Lösungsvorschläge ähneln, bzw. anzuregen, in Einbeziehung der europäischen Dimension nicht zu unterschiedliche Lösungen anzustreben und mit Blick über den Tellerrand weitblickend zu entscheiden.

Angelika Sing

Die Anforderungen der Wirtschaft an den Schulabgänger haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. In den Unternehmen werden im Zuge des an Tempo noch gewinnenden Strukturwandels andere Qualifikationsanforderungen für neue und für bestehende Arbeitsplätze gesetzt.

Die Rahmenbedingungen des Strukturwandels in der Wirtschaft lassen sich beschreiben durch globalen Wettbewerb, internationale Wirtschaftsverflechtung, veränderte Unternehmensstrategien und Unternehmensorganisation, neue Technologien und Herausforderungen der Ökologie.

Anpassungen an diesen Wandel sind nur auf der Grundlage einer soliden Grundausbildung aller Mitarbeiter in den berufsspezifischen Fähigkeiten und den damit gekoppelten persönlichen Qualifikationen erfolgreich. Diese "Schlüsselqualifikationen" werden heute immer wichtiger und gewichtiger.

Dieses Falblatt erläutert aus der Sicht der Wirtschaft und der betrieblichen Praxis die Inhalte der "Schlüsselqualifikationen" und gibt damit eine Hilfestellung in der gesellschaftspolitischen Diskussion.

1. Organisation und Durchführung einer Arbeitsaufgabe

Genauigkeit, systematisches Vorgehen, Organisationsvermögen und Koordinationsvermögen sind bei der Bewältigung einer Aufgabe erforderlich.

2. Kommunikation und Kooperation

Kundenorientiertes Verhalten und die Fähigkeit, sich selbst mitzuteilen, werden immer wichtiger. Dazu gehört auch die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Teamarbeit.

3. Einsatz von Lern- und Arbeitstechniken

Kenntnis und Anwendung von verschiedenen Arbeits- und Lerntechniken sowie Abstraktionsvermögen und Transferfähigkeit nehmen neben den speziellen Fachkenntnissen großen Raum ein.

4. Sicherheit in den Kulturtechniken

Kundenorientiertes Verhalten verlangt schnelle selbständige Auskunft auf Fragen und eigenständiges Arbeiten. Dazu sind Lesen, Rechnen und Schreiben unerlässlich.

5. Problemlösungs- und Entscheidungskompetenzen

Verfahren zur Strukturierung eines Problems, die Darstellung möglicher Lösungsansätze und selbständige Entscheidungen werden zukünftig von Mitarbeitern in stärkerem Umfang als bisher verlangt.

6. Selbständigkeit und Verantwortung

Zuverlässigkeit und umsichtiges Handeln sind ebenso wichtig wie Selbstkritik und daraus resultierend die eigene Kontrolle des Arbeitsverlaufes und -ergebnisses.

7. Ausdauer und Belastbarkeit

Noch wichtiger wird die Ausdauer in der Lösung einer Aufgabe, die Konzentrationssfähigkeit aber auch die Frustrationstoleranz bei Mißerfolgen und die Bereitschaft zu einem neuen Versuch.

8. Kreativität und Flexibilität

Besondere Wertschätzung werden Mitarbeiter erfahren, die eigene Ideen entwickeln und umsetzen können, aber auch an der Gestaltung ihrer Arbeitsplätze mitwirken und sich in neue Aufgabenbereiche einarbeiten.

KAB

9. Sprechkompetenz in Fremdsprachen

Von Mitarbeitern auf allen Ebenen werden wegen der stärkeren internationalen Wirtschaftsverflechtung zunehmend Sprachkenntnisse verlangt.
Im Vordergrund steht dabei die verbale Kommunikation mit dem Gesprächspartner.

10. Lernfähigkeit und Lernbereitschaft

Mit der Schule hört das Lernen nicht auf, im Gegenteil, es fängt erst richtig an.
Jeder Berufstätige muß heute während seiner Berufslaufbahn häufig Weiterbildungsmaßnahmen besuchen. Nur so kann er den Entwicklungen an seinem Arbeitsplatz oder an neuen Arbeitsplätzen folgen oder ihnen voranschreiten.

Schule und gut ausgebildete Schulabgänger als junge Arbeitnehmer werden als Standortfaktor für die Wirtschaft noch wichtiger. Deswegen stehen die Industrie- und Handelskammern Norddeutschlands unverändert für den Dialog mit der Schule, den Lehrern, Schulleitern und Schulverwaltungen auf allen Ebenen offen.

KAB

Kammereingemeinschaft Ausbildung und Bildung der norddeutschen Industrie- und Handelskammern

Adolphsplatz 1
20457 Hamburg
040/36 63 82

Bremen			
Handelskammer Bremen	Oldenburgische Industrie- und Handelskammer		
Am Markt 13	Moslestraße 6		0441/2220-0
28195 Bremen	26122 Oldenburg		
	Industrie- und Handelskammer		
Bremerhaven	Onabrück-Emdland		
Friedrich-Ebert-Straße 6	Neuer Graben 38		0541/3 53-0
27570 Bremerhaven	49074 Osnabrück		
	Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg		
Hamburg	Bismarckstraße 4		
Handelskammer Hamburg	26721 Emden		04921/89 01-0
Adolphsplatz 1	Industrie- und Handelskammer		
20457 Hamburg	Städte für den Elbe-Weser-Raum		
	Am Schalenstieg 2		04141/60 66-0
Mecklenburg-Vorpommern	21680 Stade		
Industrie- und Handelskammer zu Schwerin			
Schloßstraße 6-8	Sachsen-Anhalt		
19053 Schwerin	Industrie- und Handelskammer Magdeburg		
	Alte Markt 8		
Industrie- und Handelskammer Rostock	39104 Magdeburg		0391/56 93-0
Ernst-Barlach-Straße 7			
18055 Rostock	Schleswig-Holstein		
	Industrie- und Handelskammer zu Neumünster		
Industrie- und Handelskammer zu Neumünster	Katharinenstraße 48		
17033 Neumünster	0395/44 79-0		
	Niedersachsen		
Industrie- und Handelskammer Braunschweig	Industrie- und Handelskammer zu Kiel		
Brandstraße 11	Lorenzendam 24		0431/51 94-0
38100 Braunschweig	24103 Kiel		
	Industrie- und Handelskammer zu Lübeck		
Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg	Breite Straße 6-8		0451/1 35-0
Am Sande 1	23552 Lünebeck		
21335 Lüneburg			

KAB

Kammereingemeinschaft Ausbildung und Bildung der norddeutschen Industrie- und Handelskammern

Adolphsplatz 1
20457 Hamburg
040/36 63 82

Was erwartet die Wirtschaft von Schulabgängern?

Schlüsselqualifikationen aus der Sicht der Arbeits- und Berufspraxis

Die Ministerin für Frauen,
Bildung, Weiterbildung und Sport
des Landes Schleswig-Holstein

Frau
Dr. Happach-Kasan
F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen
Landtag
Landeshaus
24100 Kiel

Kiel, 24.06.1994

3w24-10

Sehr geehrte Frau Happach-Kasan,

für Ihren Brief vom 01.06.1994, den Sie namens der F.D.P.-Landtagsfraktion geschrieben haben und in dem Sie u. a. das rechtliche Instrumentarium im Hinblick auf die Durchsetzung der Schulpflicht ansprechen, danke ich Ihnen.

Sie verweisen auf das Schreiben von Kollegium und Schulleitung der Hauptschule Schäferkamp in Mölln vom 25.05.1994 und bitten um Informationen und weitere Zielvorstellungen im Hinblick auf Schülerinnen und Schüler, die ihrer Schulbesuchspflicht zeitweilig nicht nachkommen.

Es gibt z.Z. keine Anzeichen dafür, daß Schulversäumnisse an öffentlichen Schulen zugenommen haben. Bisher sind der Schulaufsicht keine entsprechenden Tendenzen in quantifizierbarer Form bekannt geworden. Schulversäumnisse in Einzelfällen treffen wir an der Hauptschule, aber auch an anderen Schularten an, auch das unerlaubte Fernbleiben vom Unterricht über mehrere Wochen ist bei extremen Verhaltens- und Erziehungsproblemen im Einzelfall zu beobachten gewesen. Es gibt keine besonders betroffene Klassenstufe. Vor dem Inkrafttreten des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes gerieten diese Schülerinnen und Schüler nicht selten in den Bereich der Fürsorgeerziehung und wurden durch die Schulen für Erziehungshilfe, z. B. an den Landesjugendheimen in Selent und Schleswig betreut. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz hat an ihre Stelle ein flexibles und abgestuftes System von Hilfen zur Erziehung gesetzt.

Die Zuführung schulpflichtiger Schülerinnen und Schüler zum Unterricht ist im § 48 des Schulgesetzes geregelt. Die Schule kann eine Zuführung durch unmittelbaren Zwang anordnen und die Ordnungsbehörde oder eine geeignete Stelle um Vollzugsmaßnahmen ersuchen. Die Zuführung ist auf die Fälle zu beschränken, in denen andere Mittel der Einwirkung auf die Schülerinnen und Schüler sowie Eltern ohne Erfolg geblieben, nicht erfolgversprechend oder nicht zweckmäßig sind.

Mit diesem rechtlichen Instrumentarium gehen die Schulen und andere beteiligte Stellen sehr verantwortlich um. Die Einschaltung der Polizei im Rahmen der Amtshilfe oder durch das Ordnungsamt im Rahmen der Vollzugshilfe ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn die Maßnahme einen langfristigen, pädagogisch positiven Effekt ermöglicht. Eine sich dauernd wiederholende Zuführung oder eine Zuführung, ohne daß entsprechende Aufarbeitungen der persönlichen und erzieherischen Probleme sowie Elterngespräche und Elternberatungen vorausgegangen sind, kann von den entsprechenden Ordnungsbehörden im Rahmen der Amtshilfe abgelehnt werden. Für die Lösung der Schulversäumnisproblematik im Einzelfall erfolgt enge Abstimmung zwischen Schule, Jugendamt, ggf. dem Schulpsychologischen Dienst und den Ordnungsbehörden.

Eltern verhalten sich nach § 146 Schulgesetz ordnungswidrig, wenn sie nicht dafür sorgen, daß ihre schulpflichtigen Kinder am Unterricht teilnehmen. Die Ordnungswidrigkeit kann auch mit einer Geldbuße geahndet werden.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern und ihre Beratung ist pädagogisch unabdingbar und gehört zu den dienstlichen Pflichten der Lehrkräfte, sie ist insbesondere in der Lehrerdienstordnung (§ 6) umfassend festgelegt worden. Pädagogische Maßnahmen erhalten stets Vorrang vor anderen.

Der Sorgerechtsentzug als die härteste Beschneidung der elterlichen Rechte ist in entsprechenden Bundesgesetzen geregelt (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1666, 1666a). Eine Landesregelung im Schulgesetz kommt daher nicht in Betracht. Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes nimmt in seinem § 43 darauf Bezug. Sorgerechtsentzug ist nur bei Gefährdung des Kindeswohls möglich, insbesondere

- - bei mißbräuchlicher Ausübung der elterlichen Sorge,
- - bei Vernachlässigung des Kindes,
- - bei unverschuldetem Versagen
- - oder durch das Verhalten eines Dritten.

Die Entziehung der Personensorge erfolgt durch das Vormundschaftsgericht und ist nur möglich, wenn der Gefahr nicht auf andere Weise, auch nicht durch öffentliche Hilfen, begegnet werden kann.

Hilfen zur Erziehung werden im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (§§ 27-35) durchgeführt. Eltern besitzen ein Wunsch- und Wahlrecht (§ 5), Jugendliche sind bei der Entscheidung mit zu beteiligen (§8). Der Kontakt zu den Jugendämtern und die Kooperation mit ihnen gehören zu den Aufgaben der Schulleitung (§ 82 Abs. 3 Schulgesetz). Pädagogische Maßnahmen müssen dem Einzelfall entsprechend erfolgen.

Die Lehrpläne aller Schularten berücksichtigen Sozialerziehung als einen pädagogischen Schwerpunkt, er soll bei der Überarbeitung der Lehrpläne noch größeres Gewicht erhalten. Im übrigen sind nicht die Inhalte der Lehrpläne, sondern die Art und Weise ihrer Umsetzung dabei entscheidend. Kommunikation, geeignete Sozialformen in Unterricht und Schulleben, das Vermeiden von Versagensängsten und das positive Annehmen einer Schülerin oder eines Schülers mit Verhaltensproblemen sowie das Entwickeln von demokratischen Grundregeln des schulischen Zusammenlebens, geöffnete Unterrichtsformen sowie projektorientiertes und ganzheitlich ausgerichtetes Lernen wirken sich positiv auf die Schulmotivation von Kindern und Jugendlichen aus. Lösungen für Erziehungsprobleme müssen dabei im sozialen Kontext der Lerngruppen, in Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern, mit Eltern und Lehrkräften erarbeitet werden.

Die Landesregierung denkt z. Z. nicht daran, den § 46 im Schulgesetz zu ändern.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Böhrk

Es sind noch einige Plätze frei!

S 10 Die politische Neuordnung Europas
Brüssel-Exkursion vom 9. - 13. Oktober 1994

- "Regionaler Lobbyismus in Brüssel" (im Hanse-Office - gemeinsames Büro für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel)
- "Hat die NATO noch eine Zukunft?" (bei SHAPE in Mons)
- Stadtrundfahrt Brüssel
- "EG und NATO - internationale Verflechtung als Hemmschuh nationaler Außenpolitik?" (im NATO-Hauptquartier)
- "Zeitenwende - die Schlacht bei Waterloo"
(Schlachtfeld von Waterloo und Waterloo-Museum)
- "Europa ohne Grenzen - Folgen für die Schule" (bei der EG-Kommission)
- "Das Europäische Parlament - nur schmückendes Beiwerk?"
(Gespräch mit Europaabgeordneten)
- "Der Vertrag von Maastricht" (bei der EG-Kommission)

Die Exkursion beginnt mit der Abreise in Kiel, Hermann-Ehlers-Akademie, am Sonntag, d. 9. Oktober 1994, um 12.00 Uhr. Mit der Rückkehr ist am Donnerstag, d. 13. Oktober, ca. 22.00 Uhr zu rechnen.

Teilnehmer	:	20
Exkursionsleitung	:	Dr. Volker Matthée
Termin	:	9. - 13. Oktober.1994
Ort	:	Hermann-Ehlers-Akademie, Kiel Brüssel (Hotel Sainte Catherine - EZ/Du/WC)
Kosten	:	DM 390,- (Ü/F + Busfahrten) (DM 460,-- Nichtmitglieder)
Anmeldung	:	sofort bei Holger Arpe

Es sind noch einige Plätze frei !

Wir möchten noch einmal auf eine bereits in der letzten Zeitung angekündigte
Veranstaltung unseres Verbandes hinweisen .

" Sag Nein "
Psychologie des Krieges - Pädagogik des Friedens
Eugen Drewermann

Dienstag, 24. November 1994
um 17.30 Uhr im Kieler Schloß

Informieren Sie bitte auch ihr Kollegium.
Mitglieder zahlen keinen Eintritt !
Karten bitten wir schriftlich mit Briefumschlag, Anschrift und Rückporto
bei unserem Vorstandsmitglied

Paul Kniebusch
Hauptschule Brunsbüttel
Kopernikusstraße 1
25541 Brunsbüttel

zu bestellen.

Es können auch Karten für Freunde und Bekannte zum Preise von 10.-DM
unter Beifügung eines entsprechenden Verrechnungsschecks bestellt werden.

Anmeldezettel

für Mitglieder

Absender:	Name	:.....
	Vorname	:.....
	Straße	:.....
	PLZ, Ort	:.....

An der Veranstaltung am 24. 11. 1994 im Kieler Schloß mit Eugen Drewermann nehme ich teil.

Außerdem bestelle ich Karten zum Preis von 10,-DM für.....Personen.

Einen adressierten Umschlag und einen Verrechnungsscheck füge ich bei.

Unterschrift

Bitte kopieren und an den Kollegen Paul Kniebusch einschicken

Erfolgsorientiertes Führungshandeln: Neue Wege in der Wirtschaft

Vortrag im Rahmen der Jahresveranstaltung des Landesverbandes Schulaufsicht in Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung am 18. April 1994 in Bad Bramstedt

Thesen:

- 1. Das Management in Europa steht nicht erst seit der Vollendung des Binnenmarktes zum Jahresende 1992 vor einem erheblichen Innovations- und Anpassungsdruck. Die Produktions- und Dienstleistungsstruktur wird in der weltweiten Konkurrenz der Märkte mehr denn je geprägt durch die Anwendung neuer Technologien, die Erzeugung "intelligenter Produkte" und den Abbau von Betriebshierarchien. Der entsprechende Umstrukturierungsprozeß findet nicht nur in der engeren unternehmerischen Wirtschaft statt, sondern erfaßt als "Prozeß der Optimierung" in Zeiten begrenzter finanzieller Reserven auch Institutionen in Staat und Verwaltung
- 2. Der weltweite Wettbewerb hat eine neue Qualitätsebene erreicht. Erstmals sind nicht technische Weiterentwicklungen ausschlaggebend, sondern der Entwicklungssprung auf den Feldern Organisation, Personalentwicklung, Führungsstil und Qualitätssicherung. Konkurrenzeinbrüche in Europa finden ihre Ursachen in zu hohen Produktionskosten, die angesichts der schlanken Organisation bei vor allem japanischen - Konkurrenten besonders zu Buche schlagen. Darüber hinaus geht es um viel mehr, betriebsintern um eine andere und effektivere Organisation von Arbeitsabläufen, eine höhere Motivation und bessere Nutzung der Handlungskompetenz aller Mitarbeiter.
- 3. Seit den 80er Jahren steht weltweit das sogenannte *Total Quality Management* (TQM) für die zentralen Leitziele jeder Unternehmung. Basis und Fundament von TQM ist in der internationalen Marktkonkurrenz die Idealkombination vom preiswerten Qualitätsprodukt mit erstklassigem Kundenservice. In der Konsequenz nimmt der Grad der Standardisierung in jedem Unternehmenssektor ständig ab. Zeichen dieser Entwicklung ist die personalwirtschaftliche Erwartung an das Management Development, Qualifikation der Mitarbeiter viel stärker als bisher auf die Fähigkeit zur flexiblen, raschen und zielbewußten Reaktion auf alle Neuerungen auszurichten. Erziehung zu ganzheitlichem Denken verbietet in zunehmendem Maße den Umgang mit Lernschablonen, von den Inhalten bis zur Methodik. Führungs- und Fachkräfte haben zunehmend generalistische Fähigkeiten mit Fachkompetenz zu vereinbaren, die in ihrer Zusammensetzung wechselnden Bedarfsfällen gerecht werden müssen. Gleichzeitig steigt der innerbetriebliche Kommunikations- und Kooperationsbedarf, der in der Konsequenz jene besagten schlanken Organisationsstrukturen erfordert, die mit Blick auf die Konkurrenz oder auch auf leere Staatskassen wirtschaftlichen Kostenrechnungen entsprechen müssen.

- 4. Die Lean-Management-Bewegung steht ungeachtet ihrer europäischen Modifikation für ein neues Total Quality Management, ergänzt um die hiermit verbundene Neuorganisation institutioneller Arbeitsabläufe und -strukturen, die veränderte Wertbestimmung von Arbeit als solcher und die verstärkte Einbindung praktischer Erkenntnisse der Wirtschaftsethik. Verschiebungen in der Personal- und Organisationsentwicklung, in der Unternehmenskultur und Corporate Identity, im Führungsverständnis und in der Bildungsarbeit belegen dies auf der instrumentellen Ebene. Zumindest in der Managemententwicklung zeigt sich in der wirtschaftlichen Praxis insgesamt ein klarer Trend zur Ganzheitlichkeit, zu mehr Information und Transparenz. Als Konsequenz ergibt sich ein wachsendes Maß an Verantwortlichkeit bei Führungskräften und in der Delegationskette auf allen weiteren Betriebsebenen, das als fachliche und persönliche Kompetenz weit über den engen Rahmen eines sofortigen Bilanzserfolges hinausgeht.

- 5. TQM umfaßt heute in diesem Sinne als ganzheitliches Konzept sowohl Produkte als auch Systeme und Prozesse. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt bei den Humanressourcen eines jeden Betriebes. TQM verlangt, den Schwerpunkt von der internen Sicht auf die Kundenorientierung zu verlagern. Der Prozeß geht vom Management aus und bezieht alle Führungsebenen und alle Mitarbeiter ein. Qualität wird zur unternehmensweiten Führungsphilosophie, in dessen Mittelpunkt die optimierte Nutzung, aber auch Pflege und Aufbau des Humanpotentials liegen.

- 6. Die Umstellung einer gesamten Unternehmung auf TQM beinhaltet verschiedene, gestufte Lösungsansätze:
 - *Unternehmenskultur/Grundhaltung:* Das Unternehmen ist geprägt von einem ganzheitlichen, kundenorientierten Denken und Handeln. Die Ausrichtung auf den Kunden bezieht sich auf das gesamte Unternehmen und auf alle Führungsebenen. Das Denken in Prozessen zur Erfüllung der Kundenbedürfnisse prägt die Kultur des Unternehmens.
 - *-Philosophie/Denkweise:* Das Denken in Qualitätskategorien durchzieht das gesamte Unternehmen und bildet das Leitbild für alle eingesetzten Verfahren und Methoden. Grundlegende Denkweisen sind begründet durch die Namen KAIZEN (das Prinzip der ständigen Verbesserung), CROSBY (das Null-Fehler-Prinzip), ISHIKAWA (die unternehmensweite Qualitätssicherung), DEMING (die Atmosphäre des Lernens und die prozeßorientierte Denkweise), Juran (das Management von Jahreszielen, AQI). Diese Philosophien ergänzen sich teilweise bzw. bauen aufeinander auf
 - *Strategien/Verfahren:* Hier wird der gesamte Werkzeugkasten der Instrumente des Qualitätsmanagements eingesetzt. Dazu gehören: Just in time, TBM, Verlustfunktion von Taguchi, Standardisierung von Prozessen, Prozeßanalyse und Selbstprüfung.
 - *Methoden/Operation:* Auf der vierten Ebene des Qualitätsmanagements ist dann aus dem Methodenkasten die jeweils situationsgerecht passende Methode auszuwählen und einzusetzen. Die eingesetzte Methode muß schlüssig mit den vorgelagerten Ebenen des Qualitätsmanagements sein.

Total Quality Management und Qualitätsoptimierung

Das Streben nach vollkommener Qualität im Denken und Handeln bezeichnet man in der aktuellen Unternehmenspraxis mit Total Quality Management (TQM). TQM ist damit die Synthese zwischen Philosophie und Wirklichkeit in Bezug auf die gesamte Qualität einer Organisation. Es ist Zielsetzung, Glauben, Vertrauen, Verhaltensänderung, Konsequenz und Technik in einem.

Kurz umrissen sind die **Ziele des TQM** aus der Sicht der Führungsebene folgende:

- Wettbewerbsfähigkeit, Erzeugen und konstanter Erhalt von Kundenzufriedenheit
- Zufriedenheit und Motivation aller Mitarbeiter, überzeugt und beherrscht von der Qualität "ihrer" Produkte, Dienstleistungen und Prozesse im Sinne einer "Null-Fehler-Option" (Zero defects)
- Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch weitgehende Reduzierung von Nacharbeit und Ausschuß
- optimale Nutzung von menschlichen und organisatorischen Ressourcen.

Aus diesen Zielen ergeben sich die **internen Merkmale eines TQM-Organisation**:

- Qualitätsbewußtsein auf allen Ebenen
- Setzen und Verfolgen von Qualitätszielen
- Kundenorientiertes Denken und Handeln
- Hohe fachliche und menschliche Kompetenz der Mitarbeiter über Aus- und Weiterbildung
- Positiver Umgang zwischen Mitarbeitern und mit Vorgesetzten (Unternehmenskultur)
- Sichtbare gesellschaftliche bzw. soziale Verantwortung.

Konsequenz für die **TQM-Praxis** sind auf der Führungsebene die **vier TQM-Gebote**:

- Kundenorientierung
- Mitarbeiterorientierung
- Gesellschaftliche Orientierung
- Entwicklung + Evaluation von Programmen zur sowie Bausteinen der TQM-Realisierung

Der SLVSH und die **Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung** der Industrie- und Handelskammern (HB, HH, MV, NS, SA, SH) laden ein zu einem **Seminar** am

Freitag, 2. Dezember. 1994

9.00 - 16.00 Uhr

zum Thema

Total Quality Management als Organisationskonzept und Führungsansatz

Nachdem viele Jahre die Diskussion um die Zukunft des Standortes Deutschland vor dem Hintergrund technologischer Lücken und technokratischer Probleme geführt wurde, hat sich seit einiger Zeit der Tenor der Diskussion nachhaltig verschoben. Managementkonzepte, japanische Erfolgsstrategien und ähnliche Dinge sind in den Mittelpunkt gerückt. Von der computergestützten Produktion zur integrierten Führung heißt der Weg. Vorläufiger Endpunkt der Diskussion ist nach den Stufen CIM (Computer-integrated Manufacturing), Lean Production, Lean Management nun TQM (Total Quality Management): Betriebsführung unter der Fuchtel der Qualität als wandelbare Größe, definiert von Kunden.

Absolute Qualität nach DIN ist out - relative Qualität nach DIN ISO ist in. Der Kunde wird zum Ausgangspunkt des Geschäfts, das Unternehmen zu seinem Diener. Was nach außen gilt, bestimmt das Innenleben. Abteilungen und Kollegen als Kunden, Lieferantensysteme prägen den Ansatz, der Manager als Kundenberater ist das Leitbild.

Was früher nur das Industrieprodukt betraf, gilt heute auch für Dienstleistungen.

Das Ergebnis:

Konsequente Führung unter Marktgesichtspunkten nach innen und nach außen. Vernetztes Denken und individuelle Qualitätsverantwortung, Gruppenarbeit und Jobrotation prägen das Bild.

Das Seminar zeigt diese Zusammenhänge exemplarisch auf und verdeutlicht die Rückwirkungen auf den Arbeitsbereich Schule.

Das eintägige Seminar beginnt mit der theoretischen Darstellung der oben beschriebenen Führungsmethode, eine anschließende Betriebsbesichtigung gibt die Möglichkeit, die Umsetzung in der Praxis zu sehen. Der Veranstaltungsort (in SH) steht noch nicht endgültig fest.

Rechtzeitige Anmeldung sichert einen der wenigen Seminarplätze.

Kosten: (incl. Mittagssimbiß) 30,00 DM (35,00 DM für Nichtmitglieder).

Anmeldungen an

Holger Arpe
Mühlenberg 11c
24217 Schönberg

SLVSH - Information Nr. 11 - September 1994

Veranstalter:

Hans-Peter Feddersen - Mühlenfenne 10 - 25917 Leck Tel. 04662/2656
 dienstl.:Hauptschule Leck Am Süderholz 13 d-25917 Leck Tel. 04662/4811
 04662/1057
 oder Fax 04662/ 1057

Bankverbindung:

Hans-Peter Feddersen,
25917 Leck

Raiffeisenbank Süderlügum
BLZ 21763542
Kto.-Nr. 3- 180777

Anmeldung:

Anmeldungen haben bis spätestens 6 Wochen vor Reisebeginn nur schriftlich auf dem beigefügten Formular zu erfolgen. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge der Eingänge berücksichtigt. Ein Aufstocken der Teilnehmerzahl ist nicht möglich. Es ist daher ratsam, sich rechtzeitig anzumelden. Mit der schriftlichen Anmeldung ist innerhalb von 14 Tagen eine Anzahlung von DM 100,- zu leisten. Wegen der starken Nachfrage bei den Reisen empfehlen wir eine sofortige Anmeldung !

Mitteilungen der Redaktion

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Unsere SLVSH-Information liegt jetzt in Ihren Händen. Wir hoffen Ihnen auch diesmal eine Fülle vielseitiger Informationen geliefert zu haben. Dabei wird es immer wichtiger, daß Sie Ihre Stimme erheben und - ohne Scheu -Ihre Meinung zu den vielen Problemen, die wir in der Schule haben , äußern

Eine Möglichkeit besteht darin, einen Leserbrief oder einen Artikel in dieser Zeitung zu veröffentlichen. Uns interessiert Ihre Meinung zu der an vielen Schulen erzwungenen Integration von Förderschülern, an den verunsichernden und unverständlichen Äußerungen zur Frage der Frühpensionierungen und zu den Erfahrungen mit der Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich.

Unsere nächste Zeitung erscheint im Dezember 1994.

Redaktionsschluß ist am Montag, 21. November 1994

Ich freue mich auf Ihre Beiträge.

Friedrich Jeschke für die Redaktion

Termine:

27. 9.1994	15.30 Uhr	Arbeitskreis Stellvertreter Bad Bramstedt, Hotel zur Post
9.10.1994	12.00 Uhr	Brüssel - Exkursion Kiel, Hermann-Ehlers-Akademie
3.11.1994	14.00 Uhr	Mitgliederversammlung SLVSH Bad Bramstedt, Hotel Gutsmann
24.11.1994	17.30 Uhr	Vortrag Eugen Drewermann Kieler Schloß
30.05.1995	9.00 Uhr	Schuleitungskongreß Bad Segeberg, Hotel Intermar

Lehrerarbeitszeit auf dem Prüfstand

Abschied von der guten, alten Schulstunde?

Bonn (dpa). Bremen und Hessen planen neue Wege bei der Berechnung der Lehrerarbeitszeit: So möchten die Kultusministerien beider Länder weg von der starren 45-Minuten-Schulstunde hin zu einer Gesamtbewertung der Arbeitsleistung des Pädagogen am „Arbeitsplatz Schule“ einschließlich Elternkontakte, Hausbesuche und Konferenzen. Dabei könnten auch die unterschiedliche Belastung zwischen den einzelnen Schulfächern, der Vor- und Nachbereitungsaufwand ebenso wie Berufserfahrung und Lebensalter berücksichtigt werden, sagte gestern in Bremen Staatsrat Reinhard Hoffmann.

Bremen macht damit den Lehrerorganisationen ein Verhandlungsangebot über eine Neugestaltung der Lehrerarbeitszeit, sagte Hoffmann. Auch Hessens Kultusminister Hartmut Holzapfel (SPD) will entsprechende Überlegungen an einem Runden Tisch mit Eltern- und Lehrerorganisationen besprechen. Es sei unbestritten, daß verschiedene Fächer, Schulformen und Klassengrößen einen unterschiedlichen Zeitaufwand in der Unterrichts-Vorbereitung erforderten, sagte er. Die bisherige Fixierung auf die vom Lehrer geleistete Unterrichtsstunde bei der Bemessung der Arbeitszeit entspreche auch

nach Experteneinschätzung „einem überholten Berufsverständnis“.

Bestandteil der Überlegungen in beiden Ländern bildet auch die Möglichkeit, den Schulen mehr Selbstverwaltungsrechte einzuräumen und die Lehrerkollegien im Rahmen von Schulautonomie über die individuelle Verteilung von Arbeitszeit und Entlastungsstunden selbst entscheiden zu lassen.

Die Arbeitszeit der Lehrer wird bislang durch die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung berechnet. Sie schwankt je nach Schulform und Bundesland zwischen 23 und 28 Unterrichtsstunden. Hintergrund der Überlegungen in Bremen wie in Hessen bildet dabei der Druck, angesichts steigender Schülerzahlen und leerer Landeskassen Personalrecourcen besser auszuschöpfen.

Bremens Bildungssenator Henning Scherf (SPD) hatte den rund 6200 Lehrern bereits ein neues Teilzeitarbeitsmodell sowie die Einführung eines „Sabbatjahres“ in Aussicht gestellt. Bei der neuen Teilzeitregelung können die Pädagogen selbst wählen, wieviel Schulstunden sie pro Woche geben wollen, bei dem „Sabbatjahr“ können Lehrer Arbeitszeit und Besoldung in sechs bis sieben Jahren ansparen, um dann anschließend ein Jahr freizumachen.

Pinneberger Tageblatt vom 5.8.1994

Hat die Schulstunde für Lehrer ausgedient?

Bonn (dpa) Bremen und Hessen planen neue Wege bei der Berechnung der Lehrerarbeitszeit: Die Arbeitsleistung der Pädagogen soll nicht mehr nach der 45-Minuten-Schulstunde bemessen werden, sondern Elternkontakte, Hausbesuche und Konferenzen einbeziehen. Die Arbeitszeit der Lehrer wird bisher durch die wöchentliche Unterrichtsver-

pflchtung – je nach Schulform und Bundesland 23 und 28 Unterrichtsstunden – berechnet. Ähnliche Überlegungen wie in Bremen gibt es auch in Hessen. Es sei unbestritten, daß verschiedene Fächer, Schulformen und Klassengrößen einen unterschiedlichen Zeitaufwand erforderten, so Kultusminister Hartmut Holzapfel (SPD). Die Überlegungen be-

inhalten auch die Möglichkeit, den Schulen insgesamt mehr Selbstverwaltungsrechte einzuräumen und die Lehrerkollegien über die individuelle Verteilung von Arbeitszeit und Entlastungsstunden selbst entscheiden zu lassen. Bremens Bildungssenator Henning Scherf (SPD) hatte bereits kurz vor Ferienbeginn ein neues Teilzeitarbeitsmodell sowie

die Einführung eines „Sabbatjahres“ angekündigt. Dabei können die Pädagogen selbst wählen, wieviel Schulstunden sie pro Woche geben wollen. Für das „Sabbatjahr“ können sie Arbeitszeit „ansparen“, um später ein Jahr freizumachen. Die Hälfte der so eingesparten Stellen soll zur Einstellung von Junglehrern genutzt werden.

Computer-Kursus für Schulleiter aus ganz Schleswig-Holstein fand in Burg statt

Lehrer drückten die Schulbank

Von MICHAEL KIRCHNER

Während die Schüler schon längst sämtliche Register im Umgang mit dem Computer ziehen können und viele die Buchführung über ihr Taschengeld zu Hause auf dem PC erledigen, waren die Schulleiter bisher noch etwas rückständig, wenn es um Verwaltung, Schuletat, Lernmittel und Inventar oder Personal ging.

Hier wurde bislang alles noch mit der Hand gemacht und große Zahlenkolonnen in dicken Kladden und Haushaltsbüchern gehörten zur Tagesordnung.

Das soll jetzt anders werden. Auch die Schulträger, so lobte Eckhardt Zitscher als Leiter des Kurses, haben inzwischen erkannt, daß die Schulleiter nicht länger darauf verzichten können, was jeder mittelständische und Kleinbetrieb heute bereits vorhält. Die Schulverwaltung per Computer hat in Schleswig-Holstein Einzug gehalten. An der Grund- und Hauptschule Burg auf Fehmarn trafen sich jetzt für zwei Tage 18 Rektoren aus dem ganzen Land, um auf dem „468 SX 25“, von dem die Burger Schule neun Stück besitzt, ein ausgeklügeltes Schulverwaltungsprogramm



Rektoren von Schulen aus ganz Schleswig-Holstein drückten zwei Tage lang in der Grund- und Hauptschule Burg auf Fehmarn die Schulbank, um auf dem Computer ein „Schulverwaltungs-

Programm“ zu lernen, das ihnen die Arbeit künftig wesentlich leichter machen soll. Rechts im Bild steht Kursleiter Eckhardt Zitscher aus Kiel.

Foto: MICHAEL KIRCHNER

zu erlernen.

Im Burger Rektor Friedrich Jeschke haben die Lehrgangsteilnehmer einen fachkundigen Begleiter, ist das Computerwesen doch ausgesprochenes Lieblingsfach des Pädagogen. Auch der SLVSH (Schulleiterverband Schleswig-Holstein) und das

IPTS (Institut für Praxis und Theorie in der Schule) begrüßen die Aktivität, bezahlen müssen die Rektoren die Fortbildungsmaßnahme einschließlich Übernachtung und Verpflegung allerdings aus eigener Tasche, berichtet Lehrgangsleiter Eckhardt Zitscher aus Kiel, weil sich

kein Kostenträger gefunden hat.

Besonders freuen sich die Schulleiter darüber, daß sie künftig die jährliche Schulstatistik, für die sie früher drei Tage brauchten, durch Knopfdruck innerhalb weniger Minuten erstellen können.

Schulexperte: Kinder von heute sind nervöse Egoisten

Münster (dpa). Immer mehr Pädagogen sehen das Kind heute als nervösen, bequemen kleinen Egoisten. Nordrhein-Westfalens Kultusminister Hans Schwier (SPD) bestätigte gestern zu Beginn des wissenschaftlichen Symposiums „Zukunft der Lehrerbildung“ an der Universität Münster das von dem Kamener Gesamtschullehrer Horst Hensel gezeichnete Bild von „den neuen Kindern“ als „Schülerporträt mit realistischen Zügen“. Es sei nicht zu leugnen, daß der von Hensel beschriebene Schülertyp „dominanter als noch vor einigen Jahren die Arbeit an unseren Schulen“ bestimme, sagte Schwier.

Der Erziehungswissenschaftler Hensel hatte in einem Buch mit dem Titel „Die neuen Kinder und die Erosion der alten Schule“ behauptet, die heutigen Kinder seien nervös, bedürften immer neuer „Reize, Stimuli und Sensationen“, strengten sich nicht an und reagierten aggressiv auf die Aufforderung, sich mehr Mühe zu geben. Nach Hensels Auffassung seien die Kinder seltener bereit und fähig zu lernen, also dauerhaft und fest diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die in den Zielen der Schule formuliert seien. Und schließlich seien sie seltener bereit und fähig, „sich sozial zu verhalten“.

Phg. Tagbl. v. 6.9.94



Antrag

der Fraktion der F.D.P.

Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer von Verwaltungsaufgaben

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an die pädagogische Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer hält der Schleswig-Holsteinische Landtag es für erforderlich, diese Berufsgruppe von unnötigen bürokratischen Anforderungen und von pädagogisch nicht notwendigen bzw. nicht sinnvollen Tätigkeiten zu entlasten. Auf diese Weise sollen die Lehrkräfte bessere Rahmenbedingungen zur Erfüllung ihrer eigentlichen pädagogischen Aufgaben erhalten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen entsprechenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.

Hierbei kommen nach Auffassung des Landtages insbesondere folgende Bereiche in Frage:

1. Verzicht auf die generelle Fortschreibung der Entwicklungsberichte in der Orientierungsstufe und Einführung einer Neuregelung, die eine solche Elterninformation nur noch bei erheblichen Abweichungen vom Entwicklungsbericht der Grundschule oder bei einem bevorstehenden Schulwechsel vorsieht;
2. Vereinfachung der Schulstatistik;
3. Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften für Lehrkräfte und Schulleitungen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechende Neuregelungen unter Mitwirkung der Lehrerverbände, der Landeselternbeiräte, der Landesschülervertretung und des Schulleiterverbandes zu erarbeiten und die vorgesehenen Maßnahmen vor deren Einführung im Bildungsausschuß des Landtages zur Diskussion zu stellen.

Dr. Ekkehard Klug
und Fraktion

ber Bundeselternrat Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen Dokumentation

Der Bundeselternrat befaßte sich auf seiner Frühjahrspenartagung vom 6. bis 8. Mai 1994 in Saarbrücken mit dem Thema "Mehr Autonomie in die Schule?"

Die TeilnehmerInnen dieser Plenartagung haben folgende Resolution verabschiedet:

Die familiären und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche heute aufwachsen, haben sich grundlegend gewandelt. Gleichzeitig stellen die rasanten technologischen, die krisenhaften wirtschaftlichen, ökologischen und weltpolitischen Entwicklungen zusätzliche Anforderungen an die Gestaltung von Schule.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden muß Schule sich verändern. Schule muß in die Lage versetzt werden, sich entsprechend den an sie gerichteten Anforderungen flexibel weiterzuentwickeln. Erweiterte Autonomie der Schule kann hierfür eine Chance bieten, indem

- *die einzelne Schule sich stärker auf die spezifischen Gegebenheiten ihrer SchülerInnen und die Bedingungen des Schulumfeldes einstellt,*
- *die besondere Qualifikation aller an Schule Beteiligten stärker berücksichtigt wird,*
- *die Entscheidungskompetenzen ausgeweitet werden, was sich auch motivationsfördernd auswirken kann.*

Der Bundeselternrat fordert, die bereits jetzt vorhandenen Freiräume für autonome Entwicklung in den Schulen besser zu nutzen und die Möglichkeiten hierfür zu erweitern.

Autonomie in der Schule bedeutet, daß SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern sich zusammen für das Leben in der Schule verantwortlich fühlen, daß sie gemeinsam erarbeitete Regeln anerkennen und einhalten.

Für den Bundeselternrat schließt erweiterete Autonomie pädagogische und finanzielle Autonomie mit ein. Voraussetzung und Bedingung sind demokratische Entscheidungsstrukturen, in welche SchülerInnen und Eltern gleichberechtigt eingebunden sind.

- Pädagogische Autonomie - z.B. Angebot und Durchführung des Unterrichts, Schaffung von Lernbereichen, Profilbildung, Gestaltung des Schullebens - macht jedoch klare Rahmenvorgaben, die Entfrachtung von Lehrplänen und die verbindliche Festlegung und Überprüfung von Lernzielen notwendig.

Finanzielle Autonomie setzt voraus, daß Schulen die Mittel zur eigenverantwortlichen Verteilung zur Verfügung gestellt werden, die für die pädagogische Arbeit erforderlich sind. Dabei ist sowohl eine Übertragbarkeit zwischen den einzelnen Haushaltspositionen wie auch den Haushaltsjahren notwendig. Eine finanzielle Abhängigkeit von Dritten - z.B. Sponsoren -, die auch die Gefahr einer unzulässigen Einflußnahme auf die Gestaltung der Schule einschließen kann, darf nicht entstehen.

Personelle Autonomie, d.h. die Auswahl der Lehrkräfte durch die einzelne Schule, ist nach Ansicht des Bundeselternrates so lange nicht umsetzbar, wie der Beamtenstatus der LehrerInnen gegeben ist. Autonomie erfordert aber eine stärkere Professionalisierung der LehrerInnen - insbesondere die Entwicklung von Kooperations- und Teamfähigkeit. Dies schließt eine Intensivierung schulinterner Fortbildung sowie eine veränderte Schulleitung und Schulaufsicht ein. Der Bundeselternrat fordert, die Entscheidungskompetenz der an Schule Beteiligten (Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen) bei der Auswahl der Schulleitungen zu verstärken, sowie die Möglichkeit für eine Schulleitung auf Zeit und einer Abwahl der Schulleitung zu schaffen.

- Die Schulaufsicht muß stärker als bisher Beratungsfunktionen wahrnehmen.

Der Gedanke der Autonomie darf nicht zur bloßen Mangelverwaltung mißbraucht werden. Der Staat ist weiterhin gefordert, für alle Kinder und Jugendlichen gleiche Bildungschancen sicherzustellen. Ziel der autonomen Schule ist der autonome Schüler, die autonome Schülerin, die auch ihr weiteres Leben in Verantwortung gegenüber sich und der Gesellschaft zu führen in der Lage sind.

Kinder müssen Schule als "Lebensschule" erfahren, in der Leben gelernt wird.

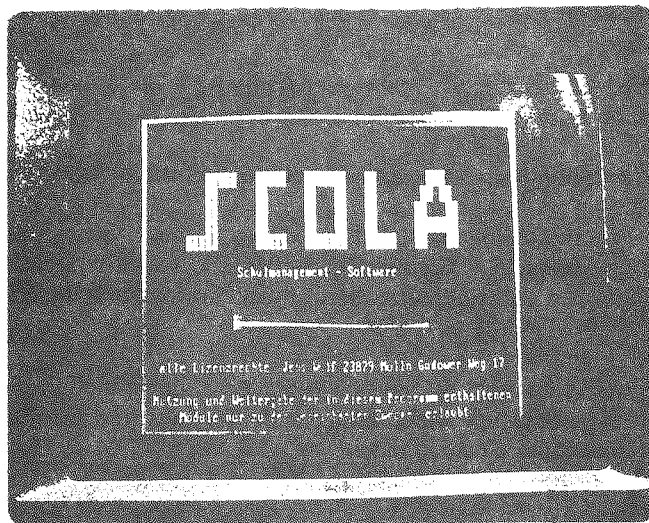
Datenbank für die Schulverwaltung

Scola

Preis 749.- DM

Grundmodul
Schulverwaltung

Sehr schnell und betriebssicher.



Zahlen - Gesamtstatistik
Zahlen zur Auswahl
Datensätze löschen
STATISTIKEN
EXTERNE PROGRAMME
Daten verlagern
Neu anlegen
Befehle eingeben
Grundzeileinstellungen
Dateistruktur verändern
Dateien neu ordnen
Auto KENNUNG

DATEI
Schüler
Abgang
NEU
Lehrer
Eltern
Messen
BACKUP
RESTORE
Beenden

Die Datenbank hat eine selbsterklärende Oberfläche mit Pulldown-Auswahlverfahren
– ansehen, anwählen, anklicken –

Leistungskatalog Datenbank mit Verwaltung von

Schülerdaten
Lehrerdaten
Elterndaten
Dienstausfallstatistik
Haushaltsführung
Klassenlisten
individuelle Listen

Ausgabe von Steuerdateien für Textverarbeitungen (z.B. WINWORD)
ausgefeilte Statistikfunktionen
Zählfunktionen zu beliebigen Feldern und Selektionen
Verwaltung von Zensuren
Verwaltung von Texten beliebiger Art und Länge, die an die Schülerdaten geknüpft sind

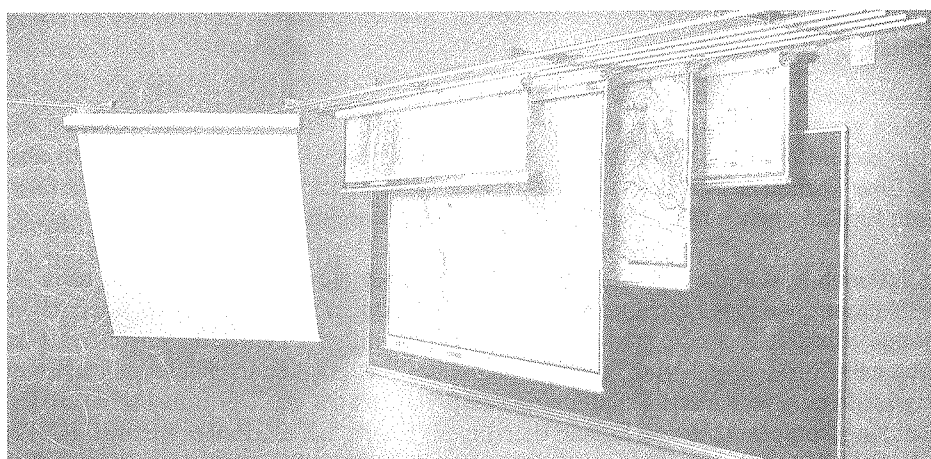
Verwaltung der Entwicklungsberichte
Verwaltung der Zensuren

Volle Netzwerkfähigkeit in allen Funktionen

Ausgabe von Steuerdateien für den Zeugnisdruck
kann jeden beliebigen Editor integrieren (MS-DOS-EDITOR
oder auch WORD5 und andere)
arbeitet ab 4 MB Hauptspeicher im Multitasking mit Winword
2.0 parallel

dBase-Format (Weltstandard)

ROLLOANLAGE FÜR IHR KLASSENZIMMER



Die Karten sind einzeln verschiebbar. Die gebogene Kartenschiene macht eine zusätzliche Ausnutzung der Ecken des Raumes möglich.

Die Kartenschiene sind auf tragfähigen Wand- oder Deckenkonsolen montiert und das System ist völlig wartungsfrei!

Die Kartenrolloanlage kann zusätzlich mit Tafelbeleuchtung ausgebaut werden!

Preis auf Anfrage!

Brettschneider-Lehrmittel

Postfach 13 32

24503 Neumünster

Von-dem-Hagen-Weg 46

24536 Neumünster

Telefon (0 43 21) 3 88 87 / 2 84 41

Telefax (0 43 21) 3 87 70

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für die Verbandsarbeit unerlässlich.

Rufen Sie uns einfach an oder schreiben Sie an den Vorstand.

An den Vorstand des SLVSH

Ich habe folgende Anregungen für die **Verbandsarbeit**:

Ich wünsche mir mehr **Informationen zu folgenden Themen** (Beiträge in der Zeitung, Informationsveranstaltungen, Fortbildungsseminare u.a.):

Ich biete meine **Mitarbeit** an (pauschal, zu bestimmten Themen, für die Erledigung spezieller Aufgaben):

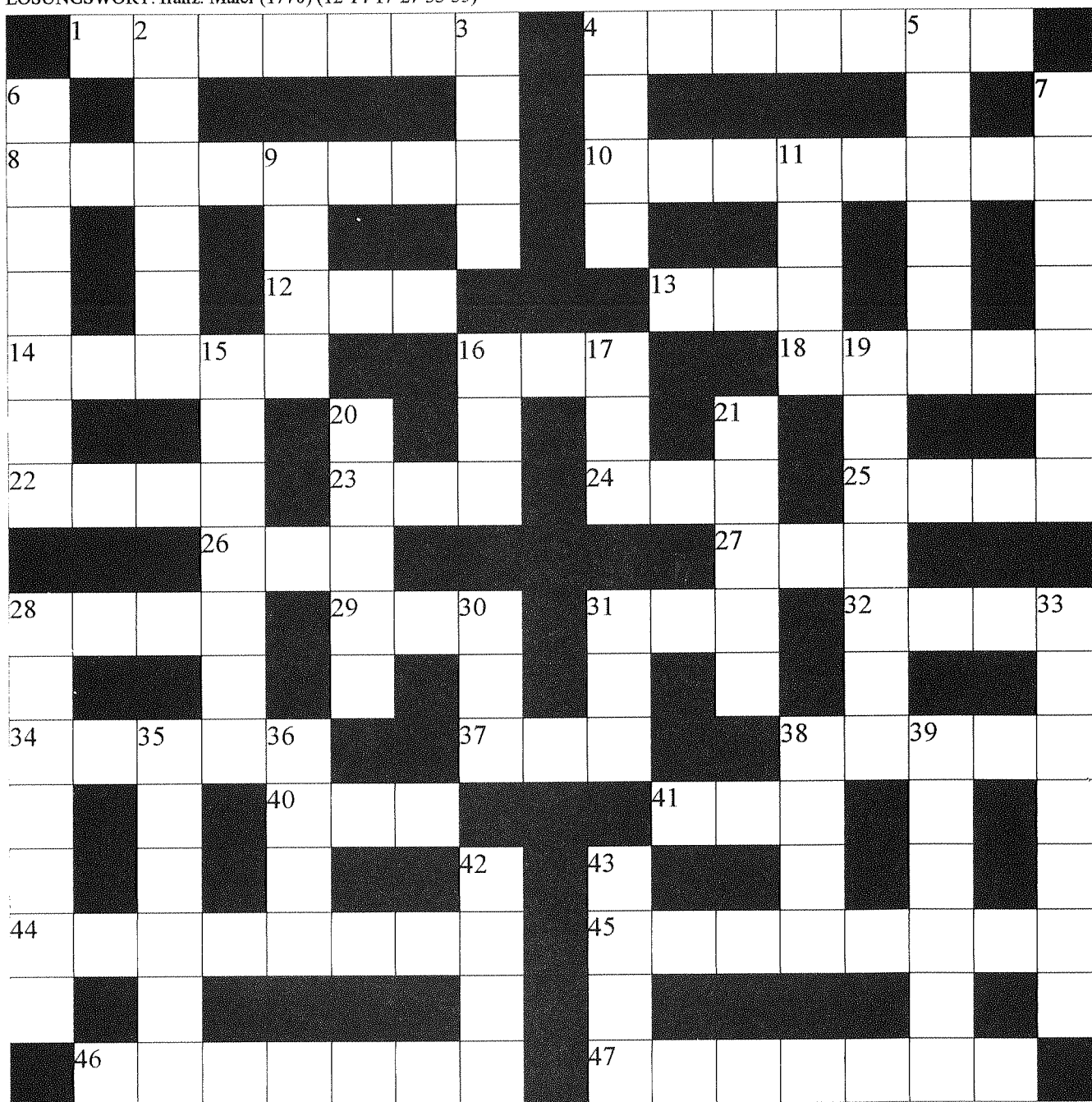
WAAGERECHT

1.hoher Steinfeiler 4.Lehrveranstaltung 8.Einbildung 10.dän. Märchendichter (1805) 12.gallertartige Substanz 13.weibl. Rind
14.Lobeserhebung 16.imaisches Saiteninstrument 18.Behauptung 22.indisches Wickelgewand 23.Handelsbrauch 24.chinesische Dynastie
25.Pökelflüssigkeit 26.alter Name f. Rußland 27.Hochfläche 28.griech.: gegen 29.amerikan. Geheimdienst 31.Stadt bei Tel Aviv 32.arab. Titel
34.Anzeichen, Verdacht 37.Niederschlag 38.niederträchtig 40.Großvater 41.Körperteil 44.gelbgraues Pferd 45.Duldsamkeit
46.Künstlerwerkstatt 47.dt. Schriftsteller (1811)

SENKRECHT

2.span. Tanz 3.dt. Philosoph (Das Ding an sich) 4.großer Raum 5.Ablehnung 6.Mundart 7.Untersuch., Umfrage 9.Überlieferung 11.original, richtig 15.ital. Architekt (1624) 16.engl. zwei 17.Waldtier 19.dt. Maler (1497) 20.dt. Zeichner (1832) 21.Milde 28.bibl. Gemahlin Davids
30.Sorte 31.dicht. f. Löwe 33.Liebesabenteuer 35.kostbarer Stoff 36.schlüpfriger Witz 38.Biene 39.Operngestalt b. Mozart 42.männl. Anrede
43.Teil d. Geige

LÖSUNGSWORT: franz. Maler (1770) (12-14-17-27-33-35)



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Beitrittserklärung

Bitte senden an: SLVSH
Herrn Friedrich Jeschke
Meisenweg 11
23769 Burg/Fehmarn

Bitte in Blockschrift ausfüllen:

Name, Vorname

Dienstbezeichnung

Geburts-Datum

Name der Schule

PLZ

Anschrift der Schule

Schultelefon

Fax

Schulaufsichtsbezirk

PLZ

Privatanschrift

Privattelefon

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. und bin damit einverstanden, daß der monatliche Beitrag von DM 10,-- (zehn) im voraus halbjährlich/ganzjährlich von meinem Konto abgebucht wird.

Konto-Nr.

BLZ

Bankverbindung

Eintrittsdatum

Unterschrift

Nachname Vorname Titel	Telefax PLZ	Name d. Schule Straße Dienstort	PPlz	Privatstraße Privatort	Schultelefon Privat-Telefon Funktion

Arpe Holger Rektor	04344/3571 24217	Grund- und Hauptschule Schulweg 3 Schönberg	 24217	Mühlenberg 11c Schönberg	04344/1645 04344/3926 Beisitzer
Doppke Michael Rektor	 25335	Grundschule Kaltenweide Amandastraße 42 Elmshorn	 25479	Birkeneck 3 Ellerau	04121/84278 04106/73762 Vorsitzender
Drosdatis Hans-Peter Rektor	 22848	Grundschule G.Keller-Straße Sandweg 39b Norderstedt	 24576	Fleederbusch 9 Bad Bramstedt	040/5235451 04192/4521 Kassierer
Flach Walther Rektor	 25920	Nis Albrecht-Johnnsen-Schule Dorfstraße 260 Risum-Lindholm	 25920	Broonköol 1 Risum-Lindholm	04661/8158 04661/4257 Berater
Grießmann Friederike Rektorin	04822/8636 25548	Hauptschule Danziger Straße 40 Kellinghusen	 25524	Breitenburger Straße 50 Itzehoe	04822/2430 04821/2392 Beisitzerin
Hönicke Bernd-Dieter Rektor	04542/89828 23881	Grund- und Hauptschule Schulstraße 17 Breitenfelde	 23627	Am Waldrand 40 Groß Grönau	04542/800140 04509/1005 Berater
Ihrle-Glagau Gudrun Konrektorin	 22844	Erich-Kästner-Schule Am Exerzierplatz 24 Norderstedt	 22844	Hans-Scharoun-Weg 5e Norderstedt	040/5251414 040/5229582 Beisitzerin
Jeschke Friedrich Rektor	04371/3749 23769	Grund- und Hauptschule Ohrstraße 33 Burg auf Fehmarn	 23769	Meisenweg 11 Burg auf Fehmarn	04371/9613 04371/2402 Stellvertreter
Kniebusch Paul Rektor	 25541	Hauptschule Kopernikusstraße 1 Brunsbüttel	 25704	Westerstraße 29 Meldorf	04852/51074 04832/5254 Beisitzer
Koch Uwe Realschulrektor	04841/61695 25813	Ferdinand-Tönnies-Schule Flensburger Chaussee 30 Husum	 25813	Schobüller Straße 57 Husum	04841/73715 04841/4267 Beisitzer
Krüger Siegrid Rektorin	 23570	Stadtschule Travemünde Kirchenstraße 3-5 Lübeck	 23568	Stumpfer Weg 2 Lübeck 16	04502/6335 0451/690081 Beraterin
Marquardt Klaus-Ingo Konrektor	 24582	Grundschule Schulstraße 6 Wattenbek	 24582	Pommernweg 33 Wattenbek	04322/5650 04322/2326 Berater
Peters Olaf Rektor	04642/82179 24376	Gorch-Fock-Schule Mürwiker Straße 7 Kappeln	 24376	Mürwiker Straße 26 Kappeln	04642/81858 04642/8572 Schriftführer
Rossow Walter Rektor	 25355	Geschwister-Scholl-Schule Schulstraße Barmstedt	 25421	Jappopkamp 11 Pinneberg	04123/68137 04101/68275 Stellvertreter
Sing Angelika Rektorin	 23896	Grund- und Hauptschule Poggenseer Straße 29 Nusse	 23881	Am Sportplatz 8 Breitenfelde	04543/474 04542/89274 Beisitzerin

Für BackUp ist es nie zu früh!

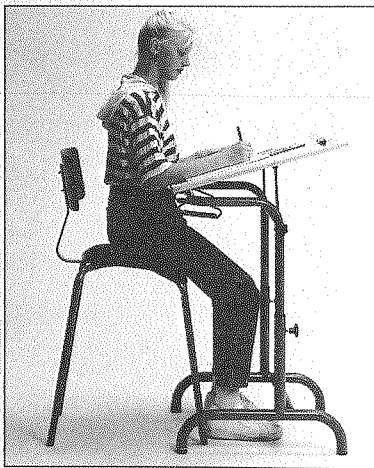
Allein im Laufe der ersten 10. Schuljahre sitzen Schüler mindestens 10.000 Stunden.

Mehrere europäische Untersuchungen, u.a. aus Deutschland, Österreich und Dänemark zeigen, daß mindestens 50% aller Schüler Rücken- und Haltungsschäden haben.

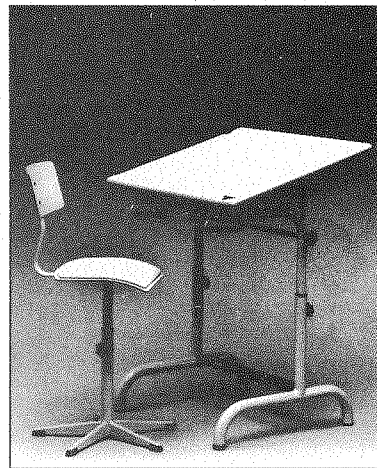
Nur ein gezielter Einsatz von Vorbeugungsmaßnahmen gegen Haltungsschäden führt zu einer Verbesserung.

Beginnen Sie jetzt, die Rückenbelastung der Schüler zu reduzieren.

Mit ergonomischen BackUp Schüler- und Lehrerarbeitsplätzen.



Ergonomische Schulmöbel



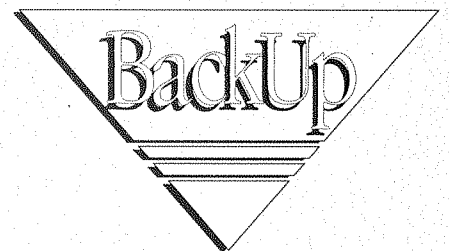
Jetzt auch als höhenverstellbarer Stuhl

Lust auf Sitzen - Lust auf Schule - Lust auf Leistung

Klaus-Dieter Netter GmbH

Hunnkamp 31
24622 Gnitz

Tel: 0 43 92/10 44 · Fax: 0 43 92/66 26



Werksvertretung

Schulleiterverband Schleswig-Holstein
Jappopkamp 11, 25421, Pinneberg
Postvertriebsstück, Entgelt bezahlt

V 12646 F

Herrn

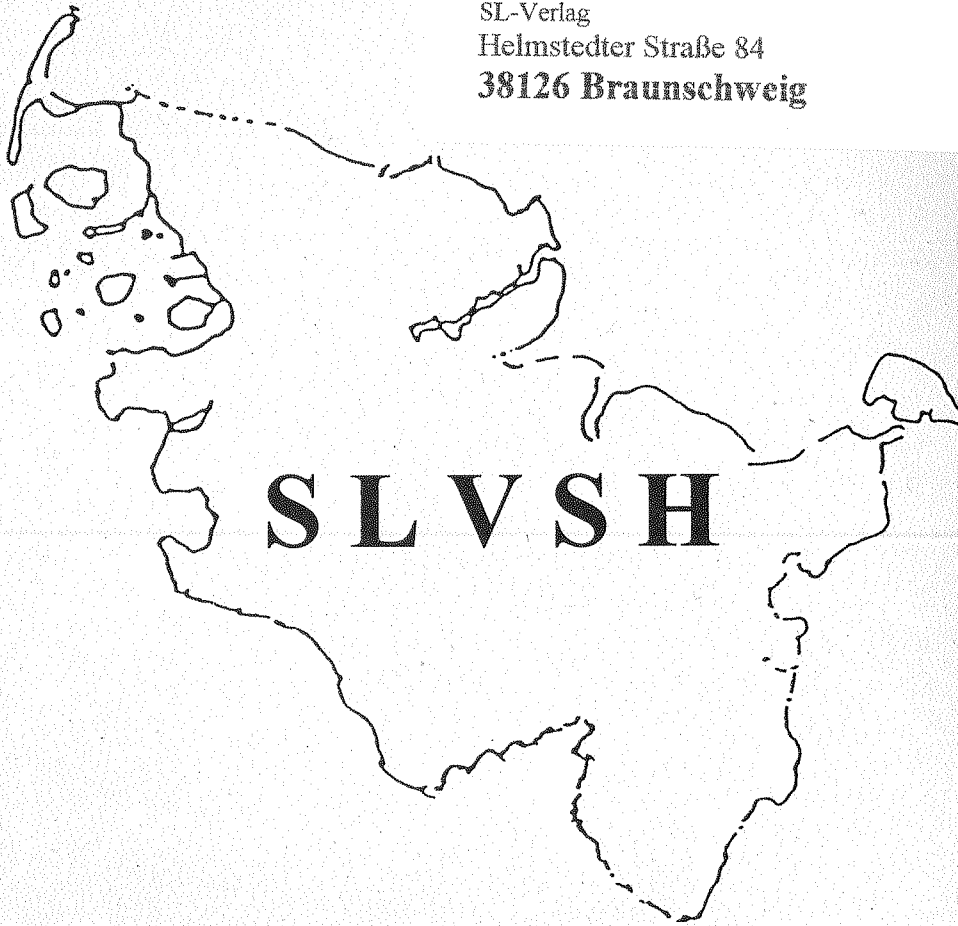
38126

424

Burkhard Hitz

SL-Verlag

Helmstedter Straße 84

38126 Braunschweig

Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen

Schulleiterverband Schleswig - Holstein e. V.

**Die Interessenvertretung für Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter**

**Jahreshauptversammlung in Bad Bramstedt - Hotel Gutsmann
am 3. November 1994**

Offener Brief an die Ministerin für FBWS

Eugen Drewermann im Kieler Schloß am 24. November 1994



Information Nr. 11 September 1994

Impressum

Herausgeber und Verlag:

**Schulleiterverband Schleswig-Holstein e. V.
c/o Walter Rossow, Jappokamp 11,
25421 Pinneberg**

Verantwortlich:

Friedrich Jeschke, Angelika Sing, W. Rossow

Auflage:

500 Exemplare

Bezug:

**Einzelheft DM 5,00 Für Mitglieder ist
der Bezugspreis im Beitrag enthalten.**

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der Unterzeichnete verantwortlich.